

Wir Berlinerinnen

Oktober 2010

Nr. 110

Liebe Ladies,

„as time goes by!“ Da grüßt nicht nur Casablänca, sondern wie ich finde, erst recht in diesen Tagen die deutsche Einheit. Vor nicht viel mehr als zwanzig Jahren war ich angesichts des hermetisch verschlossenen Brandenburger Tores felsenfest davon überzeugt, dass ich zu meinen Lebzeiten nicht würde ungehindert hindurch flanieren können. Jetzt ist genau diese damals unerfüllbar scheinende Traum seit über zwei Jahrzehnten wunderbare Wirklichkeit. Da solche Realitäten allmählich zu Selbstverständlichkeiten werden, büßen sie nur zu leicht ihren Zauber ein. Aber irgendwie habe ich das Gefühl, dass über den Pariser Platz noch immer eine Wolke der Magie schwebt, die trotz wuseliger Touristen aus aller Welt niemals ganz verschwinden wird.

Lassen Sie, liebe Ladies, uns aus Anlass des 3. Oktober 2010, ein klein wenig innehalten und uns einfach freuen. 20 Jahre deutsche Einheit sind doch Grund genug.

Herzliche Grüße
Ihre



Berlin e.V.



LandesFrauenRat

LandesFrauenRat Berlin
1979-2009

Frauen bewegen Berlin

Als Dachverband
der Berliner
Frauenorganisationen
vertreten wir die
Interessen aller
Berlinerinnen.

Wir schreiben
Berliner
Frauengeschichte
und setzen
gleichstellungspolitische
Meilensteine.

Mit Ihrer Hilfe?!?
Zur Finanzierung von
Aktionen und Projekten
sind wir auf Ihre Spende
angewiesen.

Spendenkonto:
Landesfrauenrat Berlin e.V.
Kontonummer 600 487 00 16
Pax Bank eG
BLZ 370 601 93
Verwendung: Aktion 2010

Der LFR Berlin ist als
gemeinnützig anerkannt
und Spenden von der
Steuer absetzbar.

Inhalt

Special	
Lesetipps für wache Frauen	Seite 13 bis 18
LFR Aktuell	
Rückblick auf LFR-Veranstaltungen	Seite 5
Plenum beschließt Satzungsänderung	Seite 6
Fragebogen: Teilhabe und Repräsentanz	Seite 7
Dokumentation: Neue LFR-Satzung	Seite 8/9
Dokumentation: Stellungnahme IntPartG	Seite 10
Aufruf zur Beteiligung an Aktionswochen	Seite 11
Berlin	
TU: Neue Frauen-Professuren	Seite 19
Ausschreibung der Frauenpreise	Seite 19
Helga-Möricke-Preis	Seite 19
Konferenz Gender Budgeting	Seite 19
Spitzenposition für Führungsfrauen	Seite 20
Premiere für verbotenen Film	Seite 20
Frauenpolitik national	
Probelauf für anonyme Bewerbung	Seite 21
Offener Brief an Frauenministerin	Seite 22
Frauenpolitik international	
Mutterschutz für Selbstständige	Seite 23
Kronberger Erklärung zur Quotenfrage	Seite 23
Verbände auf einen Blick	
Nike: Foto-Ausstellung	Seite 24
ASF Bund: Erinnerung an Frauentag	Seite 24
ASF Land: Stolperstein-Rundgang	Seite 25
SkF: Vorstand neu gewählt	Seite 25
LFR Bayern: Forderungen an Medienbild	Seite 26
FPR: Kritik an Sparpolitik	Seite 26
KLFR: Anträge des LFR Berlin	Seite 27
Rubriken	
Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seite 3/4
Neue Studien	Seite 12
Berlin-Statistik	Seite 20
Aufgespießt	Seite 28

Impressum

Herausgeber:
LandesFrauenRat Berlin e.V.
Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de
www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de
Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Sabine Röhrbein
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.
Erscheinungsdatum: 6.10.2010

Beim Sommerempfang des djb

♦ „Die Frauen sind immer noch die stille Arbeitsmarktreserve“. Dieses kritische Statement gab in der Thüringer Landesvertretung die Finanzministerin des Freistaates ab. **Marion Walsmann** sah darin aber zugleich eine „Riesenchance“ für die Zukunft. Frauen kämen zwar immer noch langsam, dafür aber seien sie künftig einfach unverzichtbar. Das sahen die ehemaligen Berliner Kolleginnen der früheren Justizministerin, **Karin Schubert** und **Lore Maria Peschel-Gutzeit**, ganz genauso und die Gerichtspräsidentinnen **Monika Nöhre** und **Karin Aust-Dodenhoff** natürlich auch. Überhaupt war beim Sommerempfang des Deutschen Juristinnenbundes (djb) am 10. Juni 2010 Frau-

en- oder genauer gesagt: Juristinnenpower pur angesagt. djb-Präsidentin **Jutta Wagner** und auch die Berliner djb-Vorsitzende **Jutta Glock** freuten sich vor allem darüber, dass unter den mehr als 200 Gästen dieses heißen Sommerabends so viele Nachwuchsjuristinnen waren. Der djb ist einer der wenigen Traditionsverbände, die für die Jungen vom ersten Semester an attraktiv sind. Und Arbeit gab es auch gleich wieder: Ministerin Walsmann kündigte eine Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes an und bat umgehend den djb um seine sachkundige Unterstützung. Die wiederum sagte Jutta Glock sofort zu.

Juliane von Friesen

Bummel über Sommerfeste

Sie schwammen dies Mal besonders munter. Die knallgelben Quietschenten der Berliner Wasserbetriebe waren beim Hoffest des Regierenden Bürgermeisters wahrhaftig in ihrem Element. Ihr Chef, **Jörg Simon**, fand es dagegen ebenso wie **Klaus Wowerit** weniger witzig, dass es rund ums Rote Rathaus Wasser aus wirklich sämtlichen Himmelsrichtungen gab. Dennoch behielt der Hausherr seine gute Laune und begrüßte seine mögliche Rivalin bei den nächsten Berlin-Wahlen, **Renate Künast**, mit einem besonders herzlichen Willkommen. Bei der Investitionsbank Berlin trotzte man dem Regen mit leuchtend türkisfarbenen Schirmen und verteilte sie großzügig an tropfnasse Besucherinnen und Besucher. Stadtmöblierr **Daniel Wall** gehörte zu den glücklichen Sponsoren, die ein besonders großes Dach aufgebaut hatten. Darunter goss Enoiteca II Calice-Chef **Antonio Bragato** aus Magnumflaschen Prosecco ein, was die Stimmung vieler sofort verbesserte. Wasser mochte niemand trinken. Das galt auch für die wetterfesten Juristinnen **Lore Maria Peschel-Gutzeit**, **Karin Schubert** und **Monika Nöhre**. Die beiden ehemaligen Justizsenatorinnen und die Kammergerichtspräsidentin erwiesen sich als überaus wetterfest ebenso wie Ex-Oberstaatsanwältin **Kitty Tischer**. Diese

stellte fest, dass alles nur eine Frage der Ausrüstung sei, in diesem Fall Gummistiefel und Lodenhut. So richtig im Bunde mit Petrus waren auch die Veranstalter des Sommerfestes der Berliner Wirtschaftsgespräche (BWG) nicht. Das nasskalte Wetter hielt jedoch knapp 700 Gäste nicht ab, am letzten Augustwochenende nach Adlershof zu pilgern. Dort wurden sie auf dem großflächigen WISTA-Gelände vom Hausherrn **Hardy Rudolf Schmitz** zusammen mit BWG-Chef **Walter Momper** begrüßt. Dann wurde über „Neue evolutionäre Trends in Wirtschaft und Wissenschaft“ philosophiert, **Vince Ebert** bestritt ein heftig beklatschtes Kabarettprogramm. Am Ende folgte die Bekanntgabe der Preisträgerinnen und Preisträger des Kreativwettbewerbs „Kunst und Wissenschaft“, die jeweils aus einem Paar aus Kunst und Wissenschaft bestanden. Große Freude herrschte bei den Siegern **Stefanie Bürkle** und **Martin Scheele**, die für „Weltraumpalast“, bestehend aus 3D-Aufnahmen vom Palast der Republik, den 1. Preis der Jury und ein Preisgeld von 5.000 Euro erhielten. Freude auch bei den Siegerinnen des Publikums: **Birgit Maria Wolf** und **Hannelore von Büren-Rieder** bekamen für ihre zwölfjährige Pflanzenstudie „Weißdünen Fries“ eine Siebprämie von 2.000 Euro. JvF

Wiedereröffnung von Schloss Friedrichsfelde

♦ Obwohl der Himmel kurzfristig ein Einsehen hatte und seine Schleusen schloss, waren die zahlreichen Besucherinnen und Besucher froh, dass der Festakt zur Wiedereröffnung von Schloss Friedrichsfelde im liebevoll restaurierten Musiksaal stattfand. Von dort konnte man auf die üppigen Blumenrabatten sehen, denen der tagelange Regen ganz offensichtlich gut getan hatte. Drinnen gab es Klaviermusik aus dem 19. Jahrhundert, virtuos dargeboten von der jungen und bildhübschen Koreanerin **Min Ji Song**, und einige erfreulich kurz gehaltene Reden. Für seine Eröffnungsworte hatte sich Tierparkdirektor **Bernhard Blaszkiewicz** extra hübsch angezogen und wirkte dabei ein bisschen wie ein von Mama herausgeputzter, jedoch ein wenig zu groß geratener Lausbub. Was er zum Besten gab, entlockte nicht nur seinem Vorgänger im Zoo, **Jürgen Lange**, ein Glucksen. Kichern mussten auch Schauspielerinnen **Barbara Schöne**, Linke-Partei-chefin und Tierparkpatin **Gesine Löttsch** sowie die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages **Petra Pau**. Kulturstaatssekretär **André Schmitz**, sonst häufig der einzige Meister der intellektueller scherzhaften Rede, strich dies Mal die Segel und versprach stattdessen, das noch fehlende goldene Schränkchen umgehend ins alte Hohenzollern-Schloss im Tierpark bringen zu lassen. Zuvor hatte er dem Tierparkdirektor allerdings noch das Versprechen abgenommen, dass die schönsten Räume des Schlosses – anders als zu Zeiten des legendären **Heinrich Dathhe** – nicht von Menschenaffen und anderen Tierparkbewohnern okkupiert werden dürften, und schon gar nicht durch die Verwaltung. Diese wird, wie Geschäftsführerin **Gabriele Thöne**, zusagte, unterm Schlosstdach ihr neues Domizil finden.

Juliane von Friesen

Walk of Fame eröffnet

♦ Er tat es tatsächlich: Der immer ernsthafte **Armin Mueller-Stahl** kniete auf Wunsch der zahlreichen Fotografen vor dem Stern mit seinem Namen nieder und setzte dann keck, aber mit immer noch unbewegter Miene den rechten schwarzbeschuhten Fuß darauf. Berlin hat seit dem 10. September 2010 auch seinen „Walk of Fame“, zwar ohne Handabdruck wie in Hollywood, dafür aber mit faszinierender Technik. Die ließ pannenfrei am Eröffnungsabend die großen deutschen Schauspielerinnen **Marlene Dietrich**, **Hildegard Knef** und **Romy Schneider** ebenso auferstehen wie die Regielegenden **Rainer Werner Fassbender** und **Werner Herzog**. Leibhaftig anwesend am Potsdamer Platz waren dagegen die äußerst lebendigen **Doris Dörrie**, **Wim Wenders** und **Michael Ballhaus**, alle drei regie- und kameraführende Stars mit Weltgeltung. Selbst US-Botschafter **Philip Murphy**, zum „Boulevard der Stars“ mit Familie gekommen, zeigte sich beeindruckt. Berlinale-Chef **Dieter Kosslick** dagegen plagten angesichts der neuen Attraktion in Berlins Mitte Vereinsamungsängste: Ob er im Februar wohl allein auf dem Roten Teppich am Marlene Dietrich-Platz stehen müsste? Als **Klaus Wowereit** das mitbekam, griff der Regierende Bürgermeister landesväterlich ein und zerstreute die Sorgen. Er werde auf jeden Fall auch bei der nächsten Berlinale an der Seite von Dieter Kosslick sein.

Juliane von Friesen

LandesFrauenRat  Berlin e.V.

Mitgliederversammlungen

18. Oktober 2010

8. November 2010

Beginn jeweils 18 Uhr

Fahnenaktion

25. November 2010

Beginn um 11 Uhr

Termine im Internet
www.lfr-berlin.de

Sommerlicher Preisregen

♦ Dieses Mal traf es ein wahres Wunderkind: Der Victress Future Award wurde am 24. August 2010 an die mehrfache Gedächtnisweltmeisterin **Christiane Stenger** verliehen. Mit dem Preis verfolgt die gemeinnützige Victress Initiative das Ziel, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Preisträgerinnen vor Christiane Stenger waren unter anderem die Schauspielerinnen **Veronica Ferres** und **Nina Hoss** sowie die Politikerin **Dagmar Wöhrl** und die Buchautorin **Gertrud Höhler**. Als Schirmherr fungierte in diesem Jahr Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle**. Aber nicht nur die ihrerzeit jüngste deutsche Abiturientin, Christiane Stenger, wurde vor 700 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Medien im Admiralspalast geehrt, sondern auch die New Yorker Wissenschaftlerin **Maria Ryan** (Victress Health Award), die neue SAP-Vorstandsfrau **Angelika Dammann** (Victress Glassbreaker Award) und die Geschäftsführerin **Nelly Kostadinova** aus Bulgarien (Victress Role Model Award). Ungeachtet der englischen Bezeichnung geht es bei Victress darum, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Den Preisträgerinnen ist in dieser Hinsicht viel zuzutrauen.

Managerin des Jahres

Sie stand am 17. September 2010 im Mittelpunkt: Auf der Bühne im Hotel Adlon glitzerte die massiv sterlingsilberne **Oeconomia**. Die Skulptur wurde vor über 300 Gästen meist weiblichen Geschlechts an **Birgit A. Behrendt** verliehen, Chef-einkäuferin von Ford weltweit. Sie erhielt zudem ein Preisgeld von 5.000 Euro und ist ab sofort „Managerin des Jahres 2010“. Diesen Titel verleiht eine Jury unter Führung von **Ulrike Detmers** jedes Jahr seit 2002. Die Initiatorin, selbst geschäftsführende Gesellschafterin der **Mestemacher**-Gruppe, lebt ihr Motto „Unternehmensführung und Personalführung sind Frauensachen – Kinder, Küche und Karriere sind Männersachen“ mit ihrer Fa-

milie selbst vor. Die Auswahl der Spitzenfrau **Birgit A. Behrendt**, die jährlich ein Budget von 35 bis 50 Milliarden Dollar verantwortet, war **Ulrike Detmers** ein echtes Anliegen. Frauen und Technik, das ist bisher in der Wirtschaft eher eine Ausnahmekombination. Die Motorrad- und Motorboothfahrerin **Birgit A. Behrendt** ist ein solcher Solitaire. Dass ihr viele Frauen nacheifern sollten, fanden auch die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes, **Jutta Wagner**, ebenso wie die Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, **Marlies Brouwers**, FDP-Frau **Mieke Senftleben**, **Bärbel Dieckmann**, ehemalige Bonner Oberbürgermeisterin, und die „Managerin des Jahres 2009“, **Angelika Gifford**, Microsoft. Eine weitere Powerfrau präsentierte zum Abschluss einer beeindruckenden Gala Chansons von **Edith Piaf**, Hits von **Barbra Streisand** und natürlich „Cats“: **Angelika Milster** riss ihr Publikum zu wahren Beifallstürmen hin. Ohne Frauen ist eben doch kein Staat zu machen und Kunst schon gar nicht.

Verleihung der Goldenen Nase

Seit 30 Jahren ein Muss für modeaffine Berlinerinnen und Berliner: Die Goldene Nase. Wie immer in noblem Ambiente wurde in diesem Herbst der von der Modejournalistin **Ruth Haber** aus der Taufe gehobene Preis an **Mahi Degenring** verliehen. Die Kölner Modeschöpferin mit persischen Wurzeln zeigte ihre überwiegend jeansblaue Winterstrick- und Cashmire-Couture vor 350 Gästen im Hotel Adlon. Dort hat sie auch ihre Berliner Dependence. Es gab viel Beifall, unter anderem von den Schauspielerinnen **Mariela Ahrens** und **Katja Riemann**, der Unternehmerin **Regina Seidel** sowie von Augenärztin **Kristina Tiburtius**, die mit Sohn und Kunstkennner **Alexander** gekommen war. Angesichts der Wetterkapriolen konnten sich die Damen für wärmende Strickkleider im wahrsten Sinne des Wortes erwärmen.

Juliane von Friesen

Leben mit Brustkrebs: Benefizgala von DKMS Life

♦ „Das Leben ist lebenswert, auch mit Krebs.“ Die das sagte, muss es wissen – die Schirmherrin und Moderatorin des Benefizabends für krebskranke Frauen, **Sylvie van der Vaart**. Sie war selbst vor einem Jahr an Brustkrebs erkrankt und hatte Operation und Chemotherapie über sich ergehen lassen müssen. Nun hatte die Stiftung DKMS Life am 23. September ins Ritz Carlton geladen und neben der Ehefrau des Starfußballers **Raphael van der Vaart** waren 350 Gäs-

te dem Ruf und der Bitte um Spenden gefolgt. Damit werden zum Beispiel Frauen, denen durch die Therapie Haare, Wimpern und Brauen ausfallen, in für sie kostenfreien Kosmetikkursen geschult. Dadurch sollen sie sich so geschickt schminken können, dass man ihnen ihre Erkrankung nicht ansieht. Selbstwertgefühl steigert die Heilungschancen, bestätigte Sylvie van der Vaart ebenso wie der Ehrengast der Gala, **Olivia Newton-John**. Auch die britisch-australische Sängerin

(„Xanadu“) und Schauspielerin hat durchgemacht, was allein in Deutschland jährlich 50.000 Frauen trifft. „Ich bin dankbar für jeden Tag“, sagte sie und machte Frauen Mut, ihre Krankheit nicht nur mit Medikamenten, sondern auch mental zu bekämpfen. Designerin **Jette Joop** pflichtete ihr ebenso aus vollem Herzen bei wie Topmodel **Franziska Knuppe** und Sängerin **Sarah Connor**. An diesem Abend jedenfalls starb die Hoffnung nicht. *Juliane von Friesen*

Mitte September feierte das Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW), in dem auch der LFR Berlin sein Domizil hat, fünften Geburtstag. Ausklang und Höhepunkt der Veranstaltungswoche war am 18. September die UCW-Messe. Praxen und Büros öffneten ihre Türen und boten Beratung, Diskussionsrunden und Informationen. Der LFR präsentierte sich unter dem Motto „Ehrenamt in Frauenorganisationen“ und lud unter anderem zu einem Vortrag über die EWMD-Power Teams ein. Das Foto zeigt die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte **Christine Rabe** bei der Eröffnung der wieder erfolgreichen Messe.

Foto: Eschner



♦ Jede Menge Informationen zum Thema „Frauen und Internet“ hatte Sharon Adler im Gepäck, als sie Ende August beim LFR Berlin zu Gast war. Die Herausgeberin und Chefredakteurin des Onlinemagazins **www.aviva-berlin.de** stellte dabei auch ihr Internetportal vor, das neben aktuellen Veranstaltungshinweisen über all' jene Dinge informiert, die Frauen

Zu Gast beim LFR

aus den Bereichen Politik und Wirtschaft, Beruf und Gesellschaft, Kunst und Kultur interessieren. Ein Schwerpunkt ist die Rubrik „Jüdisches Leben“. Außerdem steht eine umfangreiche Link-Auswahl zur Verfügung, damit sich die Userin bestens vernetzen kann. Das Onlinemagazin feierte in diesem

Jahr zehnten Geburtstag. Aus diesem reichen Erfahrungsschatz ist zum Beispiel „Die essentielle Frauen-Chronik“ zum Jahr 2009 entstanden und berichtete Sharon Adler kenntnisreich über den Blick der Medien auf Politikerinnen – trotz Kanzlerin sind Führungsfrauen in der Berichterstattung oft weiter unterrepräsentiert. *sbr*

Premiere für Botschaftsreihe

♦ „Botschaft für Frauen – Gleichstellung im internationalen Vergleich. Erfahrungen, Modelle und Erfolgsrezepte aus anderen Ländern“ nennt sich die neue Veranstaltungsreihe des LFR Berlin, die Ende September mit einem Besuch der spanischen Botschaft Premiere feierte. Hervorragend von der früheren Staatssekretärin **Susanne Ahlers** und ihrem Veranstaltungsteam vom EWMD Berlin-Brandenburg vorbereitet, verfolgten die Teilnehmerinnen interessiert den fundierten Ausführungen von Dr. Capitolina Díaz Martínez, Soziologieprofessorin und Abteilungsleiterin im Ministerium für Gleichstellung in Madrid, zur Umsetzung des spanischen Gleichstellungsgesetzes in der Praxis. Dass dies in englischer Sprache geschah, änderte nichts an der regen Diskussion und dem erfolgreichen Start der Reihe.

Den Anstoß dafür gab das gut besuchte LFR-Symposium im Februar 2009 in der Botschaft der Niederlande. Viele Teilnehmerinnen wünschten sich schon damals ähnliche gleichstellungspolitische Debatten mit internationalem Bezug. Susanne Ahlers hat dies dankenswerter Weise aufgenommen und die gemeinsame Veranstaltung organisiert. Die Reihe soll 2011 fortgesetzt werden.

Den Anstoß dafür gab das gut besuchte LFR-Symposium im Februar 2009 in der Botschaft der Niederlande. Viele Teilnehmerinnen wünschten sich schon damals ähnliche gleichstellungspolitische Debatten mit internationalem Bezug. Susanne Ahlers hat dies dankenswerter Weise aufgenommen und die gemeinsame Veranstaltung organisiert. Die Reihe soll 2011 fortgesetzt werden.

LFR-Plenum beschließt Satzungsänderung und Stellungnahme zum Integrationsgesetz

♦ Voller Saal beim LFR-Plenum am 27. September 2010: Zum Beschluss über eine seit Monaten diskutierte Satzungsänderung, der Vorstellung der Fragebogenaktion unter der Überschrift „Teilhabe und Repräsentanz - Frauenorganisationen als Akteurinnen für ein interkulturelles Berlin“, der Verabschiedung einer Stellungnahme zum Entwurf des Partizipations- und Integrationsgesetzes sowie zur Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen waren viele Delegierte gekommen. Sie wurden nicht nur mit einer lebendigen Diskussion über die Integration von Migrantinnen belohnt, sondern konnten mit den „Mörderischen Schwestern“ und der „Türkisch-Deutschen Frauen Union zu Berlin e.V. – BETAK“ zwei engagierte Frauenorganisationen kennenlernen, die ihre Kompetenzen künftig ins Netzwerk des LandesFrauenRates einbringen wollen.

Satzungsänderung

Nachdem die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen noch einmal die Übersicht der Vorschläge zur Satzungsänderung erläutert hatte, votierte die Mitgliederversammlung mit mehr als der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit für diese Änderungen: Dabei geht es im Kern darum, dass die Delegierten der LFR-Mitgliedsorganisationen eine

„Anbindung an das verantwortliche Gremium ihrer Organisation (z.B. als ordentliches oder kooptiertes Vorstandsmitglied) haben“ (§ 7). Dies war bisher nicht zwangsläufig gegeben, weshalb der Informationsfluss zwischen dem LFR und seinen Mitgliedsorganisationen nicht immer optimal war. Im vergangenen Jahr hatte sich ein Workshop mit der verbandsinternen Kommunikation beschäftigt und im Ergebnis diese Satzungsänderung angeregt.

Neu an der Satzung ist auch, dass künftig nur noch von „Mitgliedsorganisationen“ gesprochen wird. In der alten Fassung war von „Mitglied“ oder „Mitgliedsverband“ die Rede. Allerdings ist die Organisationsform von Frauennetzwerken sehr vielfältig, neben eingetragenen Vereinen existieren Initiativen und Gruppen, neben traditionellen Frauenverbänden finden sich Frauenprojekte. Die Formulierung „Mitgliedsorganisation“ trägt dieser Vielfalt Rechnung (Dokumentation der neuen Satzung ab Seite 8).

Teilhabe und Repräsentanz

Zur Vielfalt im Kanon der bald 50 LFR-Mitgliedsorganisationen gehören auch solche, die sich im Feld „Migration und Integration“ engagieren und mit und für Berlinerinnen mit Migrationshintergrund arbeiten. Allerdings spiel-

ten ihre Anliegen beim LFR-Plenum bisher selten eine Rolle. Ausgehend von der Vermutung, dass sich Migrantinnen in der Regel nicht in traditionelle Frauenorganisationen einbringen (können), hat der LFR-Vorstand das Projekt „Teilhabe und Repräsentanz von Migrantinnen“ angeregt. Dabei geht es zu allererst darum, den Dialog mit Berlinerinnen mit Migrationshintergrund zu verstärken und LFR-Mitgliedsorganisationen, die sich mit und für diese Frauen engagieren, besser in die LFR-Arbeit einzubinden. Außerdem ist Ziel, weitere solcher Organisationen für den LFR zu gewinnen sowie alle LFR-Mitgliedsorganisationen für die Teilhabe und Repräsentanz von Berlinerinnen mit Migrationshintergrund in ihren Strukturen zu sensibilisieren. In diesem Prozess sind die Durchführung von Veranstaltungen und die Entwicklung eines Positionspapiers zur Teilhabe und Repräsentanz dieser Zielgruppe denkbar.

Am Beginn standen aber ein Brainstorming mit den Migrantinnenorganisationen und ein Fragebogen, der erfassen sollte, wie viele Migrantinnen sich in die Mitgliedsorganisationen einbringen, welche Themen für sie in diesem Themenfeld wichtig sind und mit welchen Maßnahmen sie Migrantinnen in die laufende Arbeit integrieren. Über die Ergebnisse informierte Nicole Eschner, die derzeit ein Praktikum in der LFR-Geschäftsstelle absolviert und die Fragebogenaktion ausgewertet hat (ausführlich im Beitrag auf Seite 7). Die sich anschließende rege Diskussion ging in die Debatte über die Stellungnahme zum Senatsentwurf für das bundesweit erste Partizipations- und Integrationsgesetz über. Die LFR-Vorstandsfrau Mechthild Rawert stellte den Text ausführlich vor, der den Entwurf aus der Frauenperspektive beurteilt. Die Mitgliederversammlung stimmte der Stellungnahme (Dokumentation ab Seite 10) einstimmig zu, bevor sie mit den „Mörderischen Schwestern“ und BETAK zwei neue Mitgliedsorganisationen in den LFR aufnahm.

sbr

Mörderische Schwestern...

nennt sich ein Netzwerk von Krimi-Autorinnen, offen auch für krimiinteressierte Frauen. „Wir arbeiten, schreiben und lesen hauptsächlich in den drei deutschsprachigen Ländern“, berichtete Heidi Ramlow. Die Mitschwestern kommen aber auch aus ganz Europa. Es sind fast 400, darunter so bekannte Autorinnen wie Ingrid Noll, Gisa Klönne, Sabine Deitmar, Christa Bernuth und Ella Danz. „Wir sind in Regionalgruppen organisiert, unterstützen uns in fachlichen Fragen, bei der Recherche und veranstalten Lesungen und Seminare. Die Berliner Regionalgruppe vereint zur Zeit 49 Schwestern.“ Internet: www.13schwestern.de

Betak...

ist die Abkürzung für die Türkisch-Deutsche Frauen Union. Der Verein hat sich 1992 gegründet und führt seither verschiedene Projekte durch. Dazu gehört seit 2009 das Gemeinschaftsprojekt „Wir sind auch da!“ mit der Berliner Werkstätten für Behinderte GmbH. Es zielt darauf ab, die Rechte und Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund zu verbessern. „Bevor es zu spät ist!“ nennt sich das Mutter-Kind Vorschul-Bildungsprogramm. Außerdem führt Betak derzeit eine Veranstaltungsreihe für türkischstämmige Eltern von Kindern mit Behinderung durch. Internet: www.betak1992.de

Teilhabe und Repräsentanz im interkulturellen Berlin

Auswertung der LFR-Fragebogenaktion von Nicole Eschner



Nicole Eschner, LFR-Praktikantin von der FU Berlin. Foto: sbr

♦ Jährlich kommen rund 45.000 Zuwander/innen nach Berlin. Dabei stellen Migrantinnen und Migranten eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe dar, die in allen sozialen Schichten zu finden ist. Zudem wächst ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stetig: Im Jahr 2008 hatten rund 25 Prozent der Bevölkerung Berlins einen Migrationshintergrund. Der Umsetzungsbericht des Berliner Integrationskonzepts (2007-2009) stellt fest, dass in den Berliner Innenstadtbezirken fast die Hälfte der Bewohner/innen auf eine familiäre Migrationsgeschichte zurückblickt.

Dies wirft Fragen auf, inwiefern Migrant/innen in Zusammenhänge des bürgerrechtlichen Engagements eingebunden sind und insbesondere Migrantinnen sich dort wiederfinden (können). Der Freiwilligensurvey von 2004 ergab, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine Engagementquote von nur 23 Prozent aufweisen, während der Engagiertenanteil bei jenen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder in Deutschland zwar geboren sind, aber einen aus dem Ausland stammenden Elternteil haben, bei 35,4 Prozent liegt. Lediglich 0,9 Prozent der in Deutschland Engagierten tun dies speziell für Migrant/innen. Es ist also lohnenswert, dieses Themenfeld genauer in den Blick zu nehmen.

Deshalb hat sich auch der LFR Berlin des Themenfelds „Migration und Integration“ angenommen. Im April 2010 beschloss der LFR-Vorstand die Durchführung des Projekts „Teilhabe und Repräsentanz von Migrantinnen – Frauenorganisationen als Akteurinnen für ein interkulturelles Berlin“, um den Dialog mit Migrantinnen zu verstärken, aber auch die LFR-Mitgliedsorganisationen für die Teilhabe und Repräsentanz von Migrantinnen zu sensibilisieren.

Mit diesem Projekt war eine Fragebogenaktion verbunden. Die Auswertung ergab ein sehr differenziertes Bild: 60 Prozent der teilnehmenden Organisationen konnten keine Angabe zur Repräsentanz von Frauen mit Migra-

tionshintergrund in ihren Strukturen machen. Auch haben 50 Prozent angegeben, dass sich keine Frauen mit Migrationshintergrund in ihren Vorständen und Gremien befinden. Organisationen, die sich selbst als Migrantinnenorganisationen charakterisierten, konnten hingegen konkrete Angaben dazu machen, wie sie Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen und einbeziehen. Sie weisen auch einen deutlich höheren Anteil an Frauen mit Migrationshintergrund in ihren Organisationen auf, zum Teil bis zu 100 Prozent. Gleichzeitig sind sie auf spezielle Herkunftsnationalitäten ausgerichtet, zum Beispiel auf türkische, arabische oder osteuropäische Länder.

Im Rahmen des Projekts fand auch ein Brainstorming mit Organisationen statt, die sich gezielt im Themenfeld „Migration und Integration“ engagieren. Daraus ergab sich der Wunsch der Migrantinnenorganisationen, als Expertinnen auf diesem Gebiet eingebunden zu werden. Andererseits wurden die Finanzierung der Organisationen, die Situation von Migrantinnen in Bildung und Beruf sowie Fragen des Wahl- und Aufenthaltsrechts als wichtige Handlungsfelder artikuliert. Diese Themen wurden teilweise mit der Befragung aufgegriffen – die Tabelle zeigt die in den Fragebögen genannten Themen.

Bildung/Beruf	Gesellschaft/Politik	Gewalt	Austausch
Förderung der deutschen Sprache	Partizipation im gesellschaftlichen Bereich	Zwangsverheiratung	Möglichkeiten der Begegnung mit deutschen Frauen
Schulausbildung	Grundsätzliche Fragen zu Integration	Ehrenmorde	Elterncafés
Anerkennung der erlernten Berufe und Qualifikationen	Ausländerrecht	Häusliche Gewalt	Müttertreffpunkte
Berufschancen	Bürger-/Menschenrechte und Migrantinnen	Präventive Maßnahmen	
Arbeitsmarktsituation	Wohnen	Finanzierung von Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen	
Frauen Unternehmerinnen	Diskriminierung		
Mentoring	Gleichstellung von Männern und Frauen, Gleichberechtigung von Frauen		
Kooperationen von Kita und Schule mit Eltern	Frauen mit Migrationshintergrund als Vorbilder		
	Armut (im Alter)		
	Demografischer Wandel		
	Kopftuch		

Satzung des LandesFrauenRates Berlin e.V.

§ 1 Name und Sitz

Der Verein trägt den Namen Landesfrauenrat Berlin e.V. Er hat seinen Sitz in Berlin. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Grundsätze

Alle Mitgliedsorganisationen bejahen die rechtsstaatliche Ordnung der parlamentarischen Demokratie und arbeiten auf dem Boden der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

§ 3 Zweck des Vereins

Zweck des Landesfrauenrates Berlin ist die Zusammenarbeit demokratischer Fraueneinigungen in Berlin mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter gemäß Art. 3 des Grundgesetzes zu verwirklichen. Der Landesfrauenrat Berlin arbeitet auf rechtsstaatlicher Grundlage überparteilich und überkonfessionell mit dem Ziel, die Situation der Frauen in der Gesellschaft zu verbessern. Der Landesfrauenrat Berlin verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des 3. Abschnitts der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel des Landesfrauenrates Berlin dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Der Verein darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 4 Aufgaben und Zielsetzungen des Vereins

Die Aufgaben und Zielsetzungen des Landesfrauenrates Berlin sind:

- Die Stärkung des Einflusses der Frauen und ihrer tatsächlichen Beteiligung auf allen Gebieten des Öffentlichen Lebens, in Beruf und Familie;
- Die Förderung von Kontakten und der Aufbau von Netzwerken;
- Die Zusammenarbeit mit den anderen Landesfrauenräten und dem Deutschen Frauenrat sowie die Pflege von Kontakten zu in- und ausländischen Fraueneinigungen.

- Die Erarbeitung von Stellungnahmen und Initiativen an Legislative und Exekutive zum Zweck der Frauenförderung und Emanzipation der Gesellschaft sowie Mitwirkung und Mitarbeit bei gesetzgeberischen Maßnahmen.

§ 5 Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft im Landesfrauenrat Berlin kann von Frauenorganisationen sowie Frauengruppen und -initiativen erworben werden. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand mit Vorlage der Satzung oder Grundsatzklärung zu richten.
- (2) Über die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen entscheidet die Mitgliederversammlung mit zwei Drittel der Anwesenden.
- (3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Anschluss oder durch Auflösung der Mitgliedsorganisation. Die Mitgliedschaft kann mit einer dreimonatigen Frist zum Ende des Geschäftsjahres gekündigt werden. Der Austritt muss schriftlich gegenüber dem Vorstand erfolgen.
- (4) Mitgliedsorganisationen, die den Zwecken und Zielen des Landesfrauenrates zuwider handeln, den satzungsmäßigen und sonstigen Verpflichtungen nicht nachkommen oder gegen rechtsstaatliche Grundprinzipien verstoßen, können von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden. Der Ausschluss ist mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitgliederversammlung nach Anhörung der betroffenen Mitgliedsorganisation zu beschließen.

§ 6 Organe des Vereins

Die Organe des Landesfrauenrates Berlin sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vorstand.

§ 7 Die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich zusammen aus bis zu zwei Delegierten je Mitgliedsorganisation. Delegierte können nur Frauen sein, die ordentliche Mitglieder ihrer entsendenden Organisation sind; für Dachverbände und Dachorganisationen genügt die mittelbare Mitgliedschaft. Mindestens eine der Delegierten muss eine An-

bindung an das verantwortliche Gremium ihrer Organisation (z.B. als ordentliches oder kooptiertes Vorstandsmitglied) haben. Jede Mitgliedsorganisation hat zwei Stimmen.

§ 8 Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal monatlich statt. Sie wird mit einer Frist von mindestens zwei Wochen unter Vorlage der vom Vorstand festgelegten Tagesordnung von diesem schriftlich einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als zugegangen, wenn es an die letzte von der Mitgliedsorganisation dem Landesfrauenrat Berlin schriftlich bekannt gegebene Anschrift mindestens einer der Delegierten gerichtet ist. Dringlichkeitsanträge in schriftlicher Form werden in der Mitgliederversammlung behandelt, wenn dies mit Stimmenmehrheit beschlossen wird. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn dies ein Viertel der Mitgliedsorganisationen unter Angabe der Tagesordnung verlangt.

§ 9 Die Versammlungsleitung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird von der Vorsitzenden geleitet, bei Verhinderung durch deren Stellvertreterin. Ist auch diese verhindert, wählt die Mitgliederversammlung eine Versammlungsleiterin. Bei Wahlen wird die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und die vorangehende Diskussion durch Beschluss der Mitgliederversammlung einer nicht kandidierenden Delegierten übertragen.
- (2) Beschlüsse werden im Protokoll festgehalten. Die Protokollführung obliegt der Schriftführerin. Bei ihrer Verhinderung bestellt die Versammlungsleiterin eine Protokollführerin. Die Protokolle sind von der Protokollführerin und der Versammlungsleiterin zu unterzeichnen.
- (3) Die Art der Abstimmung wird durch die Versammlungsleiterin vorgeschlagen. Die Abstimmung muss jedoch

geheim und schriftlich erfolgen, wenn dies beantragt wird.

§ 10 Die Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als ein Drittel der Mitgliedsorganisationen vertreten ist. Bei fehlender Beschlussfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen erneut eine Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitgliedsorganisationen beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht. Zur Änderung der Satzung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit aller anwesenden Mitgliedsorganisationen erforderlich. Zur Änderung des Vereinszwecks ebenso wie zur Auflösung des Landesfrauenrates Berlin bedarf es der Mehrheit von neun Zehnteln aller Mitgliedsorganisationen. In den o.g. zwei Fällen ist auch schriftliche Stimmabgabe zulässig.

§ 11 Der Vorstand

- (1) Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte für drei Jahre den Vorstand. Das Wahlverfahren wird durch die Wahlordnung bestimmt, die die Mitgliederversammlung zu beschließen hat.
- (2) Der Vorstand setzt sich zusammen aus:

- der Vorsitzenden
 - der stellvertretenden Vorsitzenden
 - der Schriftführerin
 - der Schatzmeisterin
 - drei Beisitzerinnen
- (3) Die anschließende Wiederwahl eines jeden Vorstandsmitglieds ist

möglich. Für die Vorsitzende ist nur eine einmalige Anschlusswiederwahl zulässig.

(4) Zusammen mit dem Vorstand werden für die Wahlperiode zwei Kassenprüferinnen gewählt.

(5) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Schriftliche und telefonische Stimmabgabe sind zulässig.

(6) Auf Beschluss des Vorstands können thematische Arbeitskreise eingerichtet werden. Sie sollen aus nicht mehr als acht Teilnehmerinnen bestehen, von denen mindestens die Hälfte Delegierte im Landesfrauenrat Berlin sein müssen. Die Teilnehmerinnen wählen aus ihrer Mitte mit einfacher Mehrheit eine Vorsitzende.

(7) Der Vorstand oder einzelne Vorstandsmitglieder können aus wichtigem Grund abgewählt werden. Ein solcher ist insbesondere grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung. Zur Abwahl ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Mitgliedsorganisationen erforderlich.

(8) Die persönliche Haftung der einzelnen Vorstandsmitglieder wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

(9) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich gemäß § 26 BGB durch die Vorsitzende oder ihre Stellvertreterin vertreten. Jede von ihnen ist allein vertretungsberechtigt. Die Kassengeschäfte werden von der Schatzmeisterin geführt, die insoweit auch zeichnungsberechtigt ist.

(10) Der Vorstand erstellt einen Haushaltsplan für das folgende Geschäftsjahr und legt ihn der Mitgliederversammlung zur Kenntnisnahme vor. Er beantragt Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln.

§ 12 Rechenschaft

Am Ende der Amtszeit des Vorstands legt dieser vor der Mitgliederversammlung einen Rechenschaftsbericht ab. Die Kassenprüferinnen legen das Ergebnis ihrer Überprüfungen vor. Auf ihren Antrag beschließt die Mitgliederversammlung über die Entlastung des Vorstands.

§ 13 Beitragspflicht

Die Mitgliedsorganisationen haben einen von der Mitgliederversammlung festzusetzenden finanziellen Beitrag zu leisten, der jeweils bis zu einer anderen Festsetzung gilt. Dafür ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Mitgliedsorganisationen erforderlich. Eine Mitgliedsorganisation, die innerhalb eines Monats, nachdem ihr die Beitragserhöhung mitgeteilt worden ist, ihren Austritt erklärt, ist für die Restdauer ihrer Mitgliedschaft zur Zahlung des erhöhten Beitrags nicht verpflichtet.

§ 14 Gerichtsstand

Der Sitz des Vereins ist auch der Gerichtsstand.

§ 15 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft, die es ausschließlich und unmittelbar zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwenden hat.

**Beschluss der
Mitgliederversammlung vom
27. September 2010**

Dem Vorstand des LFR Berlin gehören an:

Vorsitzende:
Juliane Freifrau von Friesen
(Deutscher Juristinnenbund – djb)

Stellv. Vorsitzende:
Marlies Brouwers
(Katholischer Deutscher Frauenbund)

Schatzmeisterin:
Anneliese Wolf
(Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur)

Schriftführerin:
Susanne Schroeder
(Deutscher Ärztinnenbund)

Beisitzerinnen:
Gisela Brokamp
(European Women's Management Development EWMD)

Mechthild Rawert, MdB
(Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen)

Andrea Spangenberg
(Liberales Frauen)

Neuwahl des LFR-Vorstands 2011

Stellungnahme des LandesFrauenRates Berlin e.V. zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin (PartIntG)

♦ Der LandesFrauenRat unterstützt die Initiative des Senats von Berlin, mit dem bundesweit ersten Partizipations- und Integrationsgesetz der gesellschaftspolitisch wichtigen Frage der Teilhabe von Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund einen rechtlichen Rahmen zu geben. Aus der Diskussion mit unseren Mitgliedsorganisationen, die im Themenfeld Integration und Migration tätig sind, wissen wir um den Wunsch dieser Berliner Bevölkerungsgruppe nach Anerkennung und Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft. Ein solches Gesetz hat somit einerseits einen positiven Symbolcharakter. Andererseits formuliert es Regeln für die Förderung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und unterstreicht diese als Pflichtaufgabe des Öffentlichen Dienstes, der verantwortlichen Führungskräfte und Politikerinnen und Politiker in Berlin. In Verbindung mit dem Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) und dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG) differenziert das Land Berlin damit seine Diversity-Strategie auch in rechtstaatlicher Hinsicht weiter aus – das Land Berlin und drei Berliner Bezirke haben ebenso wie der LFR Berlin die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Insofern begrüßt der Dachverband der Frauenorganisationen in Berlin ausdrücklich das Bestreben des Senats, die Integration der Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund mit einem Gesetz zu forcieren.

Allerdings darf dieses Gesetz kein isoliertes Vorhaben bleiben. Die hinter ihm stehende Philosophie der gesellschaftlichen Teilhabe muss sich auch in anderen Politikbereichen wie insbesondere in der Bildungspolitik einschließlich der Weiterbildung wiederfinden. Auf seiner Basis sind Konzepte etwa zur Schulung von Führungskräften zu entwickeln, um sie für Fragen von Integration und Migration zu sensibilisieren und ihre Diversity-Kompetenz einschließlich des Gendergedankens zu erhöhen.

Definitionen ergänzen

Im Gesetzentwurf auffällig sind die ungenügenden oder fehlenden Definitionen: Aus unserer Sicht ist eine möglichst breite Definition für Menschen mit Migrationshintergrund zu Grunde zu legen (§ 2). So sind sowohl zugewanderte und eingebürgerte Berlinerinnen und Berliner als auch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie deren Kinder und Kindeskiner zu berücksichtigen. Insbesondere so genannte Migrantinnen und Migranten der dritten Generation müssen im Fokus des Gesetzes stehen, um deren Chancengleichheit zu befördern und sie in die Gesellschaft einzubinden. Der auf Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und interkulturelle Kompetenz Bezug nehmende § 4 definiert diese Begriffe nicht. Dies halten wir jedoch für unverzichtbar, damit die Ziele dieser Aufgaben des Öffentlichen Dienstes eindeutig klar ist.

Genderdimension ernst nehmen

Aus unserer Sicht ist vor allem wichtig, Menschen mit Migrationshintergrund nicht eindimensional zu betrachten. So geht es um Berliner **u n d** Berlinerinnen mit Migrationshintergrund. Der vorliegende Gesetzentwurf macht dies nicht genügend deutlich. Er sieht zwar eine regelmäßige Berichterstattung über den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes vor (§ 4 Abs. 5). Im Sinne einer gendersensiblen Personalentwicklung ist solche Datenerfassung jedoch nach Frauen und Männern zu differenzieren. Ferner ist eine Erfassung von Migrantinnen und Migranten in Führungspositionen sinnvoll, um entsprechende Fördermaßnahmen anstoßen zu können. Ebenso sollte als Zielvorgabe formuliert werden, Frauen und Männer paritätisch zu berücksichtigen, wenn es um die stärkere Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Gremien (§ 4 Abs. 6) oder die Zusammensetzung des Landesbeirates

für Integrations- und Migrationsfragen (§ 6 Abs. 1) geht.

Der LFR Berlin begrüßt, dass jeder Bezirk Beauftragte für Integration und Migration benennen soll. Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob die Einrichtung von Integrationsausschüssen in den Bezirksverordnetenversammlungen der einzige Weg ist, um die Partizipation von Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Bei der Ausgestaltung eines solchen Ausschusses muss darauf geachtet werden, dass die herkömmliche Praxis, Integrationsfragen mit angrenzenden Themenfeldern in einem Ausschuss zu behandeln, nicht grundsätzlich unmöglich gemacht wird. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die von derzeit vier Bezirksverordnetenversammlungen gewählte Kombination mit Gleichstellungspolitik nicht unterlaufen wird. Integration und Gleichstellung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Wichtig wäre aus unserer Sicht vor allem, Integrationsbeiräte auf Bezirksebene analog dem Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen einzurichten, da sich darin auch ausschließlich lokal engagierte Gruppen einbringen können.

Darüber hinaus ist die Umsetzung des Gesetzes zu begleiten und seine Wirksamkeit zu prüfen. Hierzu sind Monitoring und Evaluation verpflichtend einzuführen und darüber dem Abgeordnetenhaus entsprechend zu berichten.

Beschluss der
LFR-Mitgliederversammlung
vom 27.09.2010

Durchwahl zum
LFR Berlin
030/785 70 10

Arm in einem reichen Land

Aufruf zur Beteiligung an den Aktionswochen

♦ 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Mit Aktivitäten von Politik und Zivilgesellschaft soll in allen Mitgliedsstaaten das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen geschärft werden. Gleichzeitig sollen Ansätze zu deren Überwindung aufgezeigt und Vorurteile und Diskriminierungen gegenüber Menschen abgebaut werden, die von Armutsrisiken und Ausgrenzung betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund haben der Deutsche Frauenrat (DF) und die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros zur Beteiligung an Aktionswochen aufgerufen: In der Zeit vom 10. November bis 10. Dezember 2010 sollen die DF-Mitgliedsverbände, aber auch die Landesfrauenräte und deren Mitgliedsverbände mit fantasievollen Aktionen darauf aufmerksam machen, dass auch in unserem reichen Land immer mehr Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Dies kann gelingen, wenn nicht abstrakt über Armut und ihre Folgen diskutiert wird, sondern die Situation vor Ort zum Beispiel in den Berliner Bezirken aufgedeckt und skandalisiert wird.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten soll die Situation von Frauen und Kindern stehen, betonen die DF-Vorsitzende Marlies Brouwers und die BAG-Sprecherin Dörthe Domzig in ihrem Aufruf: „Viele von ihnen sind in besonderem

Ausmaß und in spezifischer Weise von Armut und ihren Folgen betroffen.“ Deutlich werden soll auch, dass Einkommensarmut Konsequenzen nach sich zieht, die unter dem Begriff „soziale Ausgrenzung“ zusammengefasst werden können: Die Teilhabe am kulturellen Leben und an Sportangeboten ist zum Beispiel nur eingeschränkt möglich. „Schwerer aber wiegt, dass Arme und von Armut Bedrohte von sozialen Kommunikationsprozessen und damit auch von gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen ausgeschlossen werden. Solche Ausgrenzung schadet nicht nur den Einzelpersonen, sondern letztlich der Gesellschaft, die auf Ideen, Anregungen und die Mitwirkung vieler verzichtet“, erklären Brouwers und Domzig. „Eine Gesellschaft wird es sich aber auf Dauer nicht leisten können, dass immer mehr ihrer Mitglieder in der Perspektivlosigkeit versinken.“ Auch deshalb soll es während der Aktionswochen um die Konzepte der Bundesregierung im Zuge der Haushaltsdebatte gehen – zum Beispiel um die Chipkartenidee zur Verbesserung der Bildungsleistungen für Kinder aus Hartz IV-Familien oder die geplante Kürzung des Erziehungsgeldes für ALG II-Beziehende, in deren Folge künftig eine Frau mit gut verdienendem Ehemann weiterhin Elterngeld erhält, wohingegen eine alleinerziehende ALG II-Empfängerin das Elterngeld ab Januar 2011 als Einkommen bedarfsmindernd angerechnet bekommt.

Der LFR Berlin ruft seine Mitgliedsorganisationen dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen. Er selbst plant eine Veranstaltung zum Thema „Rente mit 67 - Welche Folgen hat das für Frauen?“ Alle Veranstaltungen und Aktionen sollen in einem Flyer dargestellt und auf der Website www.lfr-berlin.de gesammelt werden.

Was können Sie tun?

Bilden Sie mit Gruppen oder Organisationen ein Bündnis. Schauen Sie sich vor Ort die Situation an: „Wer ist hier arm? Wer ist erwerbslos und aus diesem Grund armutsbedroht? Aber auch: Wer unternimmt etwas gegen Armut?“, so Brouwers und Domzig. „Was tut die örtliche Verwaltung, unternehmen die politischen Parteien, die Kirchen, Wohlfahrtsverbände? Reicht das alles aus - oder was könnte wer noch tun, um die von Armut Betroffenen oder Bedrohten zurückzuholen in die Gemeinschaft? Kurzum: Beenden Sie das Schweigen über Armut und setzen Sie Zeichen der Hoffnung.“

Die Initiatorinnen der Aktionswochen stellen dafür Material zur Verfügung - Hintergrundinformationen, Anregungen für Aktionen und Aktivitäten und weiterführende Literaturhinweise. „Damit unser gemeinsames Bemühen nicht folgenlos bleibt, erheben der Deutsche Frauenrat und die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Forderungen an die Politik. Sie können diese Forderungen mit ihrer Unterschrift unterstützen – und bei Ihren Aktionen Unterschriften sammeln. Diese sollen nach Abschluss der Aktionswochen den politisch Verantwortlichen übergeben werden, um zu signalisieren: Ein Europäisches Jahr reicht nicht aus – es müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um Armut und soziale Ausgrenzung effektiv und nachhaltig zu bekämpfen“, erläutern Brouwers und Domzig.

Informationen finden Sie unter www.frauenrat.de. In Kürze stehen der Meldebogen für Aktionen und Materialien für Berlin unter www.lfr-berlin.de zur Verfügung.

Arm in Deutschland?

♦ Wenige Menschen in Deutschland sind so arm wie viele in Afrika, Lateinamerika oder Asien. Ein Armutsbegriff, der nur solche Menschen als arm bezeichnet, deren physische Existenz dauerhaft bedroht ist, wird der gesellschaftlichen Realität in Deutschland und anderen europäischen Ländern nicht gerecht. Aus diesem Grund wenden sowohl der bundesdeutsche Reichtums- und Armutsbericht als auch

die EU den so genannten relativen Armutsbegriff an. Als arm gelten nach Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) diejenigen, denen monatlich weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes zur Verfügung steht, die OECD setzt als Bezugsgröße 60 Prozent davon an. Die Armutsrisikoquote lag im Jahr 2003 für einen Ein-Personen-Haushalt bei einem Einkommen von 938 Euro.

Neue Studie zu Einstellungen von Moslems

♦ „Das Kopftuch ist nicht zwangsläufig ein Unterdrückungsmerkmal, sondern hat oft schlichtweg eine Schutzfunktion für die Frauen – vor der Witterung ebenso wie vor Belästigungen“, bringt Ahmet Toprak ein Ergebnis seiner Studie „Integrationsunwillige Muslime?“ auf den Punkt. Dafür interviewte der Professor vom Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften der FH Dortmund in den Großstädten Berlin, Dortmund und München 124 Menschen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 15 und 74 Jahren. Ziel dieser qualitativen Studie war es, Einstellungen zu brisanten Themen zu erfahren und so

eine wissenschaftlich fundierte Antwort auf die Frage zu bekommen, mit der die Untersuchung betitelt ist. Im Gegensatz zur Auffassung, dass das Kopftuch grundsätzlich Zeichen für die Unterdrückung der Frau ist, belegt die Studie differenziertere Motive für das Kopftuchtragen: Es gebe Frauen, die sich als einzige in der Familie ganz bewusst und aus religiösen Motiven für ein Kopftuch entscheiden, so Toprak. Andere seien zum Kopftuch nicht gezwungen, aber dahingehend über Jahre hinweg sozialisiert worden. Zwangsverheiratung wird von einem Großteil der Befragten entschieden

abgelehnt. Das Thema „Zwangsehe“ stellt sich indes komplex und mit überraschenden Facetten dar: „Eine postmoderne arrangierte Ehe ist nicht gleichbedeutend mit Zwangsheirat“, erläutert Wissenschaftler. Zwangsverheiratung gebe es dagegen häufig, um „Heiratsmigration“ zu ermöglichen. Die Debatte um die Integrationsunwilligkeit werde in der muslimischen Gemeinde wenig bis gar nicht wahrgenommen. Aus Topraks Sicht erfolgt aber ein Rückzug in die eigenen ethnischen Milieus, weil eine immer größer werdende Minderheit sich wirtschaftlich, sozial und bildungspolitisch abgehängt fühlt.

Frauen in Kommunalpolitik unterrepräsentiert

2. Genderranking der Großstädte veröffentlicht

♦ Der Anteil weiblicher Führungskräfte in der Kommunalpolitik ist seit 2008 zurückgegangen. Zu diesem Schluss kommt das 2. Genderranking deutscher Großstädte. Trotz des „Superwahljahres 2009“, „in dem in nahezu allen deutschen Großstädten die Karten neu gemischt wurden“, bleiben Frauen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in allen kommunalpolitischen Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. „Je wichtiger Ämter in der Kommunalpolitik werden, desto stärker sind Frauen unterrepräsentiert“, fasst das Forschungsteam der FernUniversität Hagen seine Ergebnisse zusammen. „Aber damit nicht genug: die aktuellen Zahlen belegen, dass der Frauenanteil in politischen Spitzenpositionen seit 2008 z. T. deutlich gesunken ist“, heißt es weiter.

Bereits vor zwei Jahren hatte die FernUniversität im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung das erste Genderranking deutscher Großstädte durchgeführt, die im Frühjahr auch die Fortsetzungsstudie herausgab. Das Prinzip: Aus den Frauenanteilen in den einzelnen politischen Positionen wird ein Genderindex gebildet, der die Grundlage des Genderrankings ist. Indikator für den Genderindex sind Ratsmandate, Ausschussvorsitze, Fraktionsvorsitze, Dezernatsleitungen und das Ober-

bürgermeisteramt. So macht das Genderranking detaillierte Angaben über die Repräsentation von Frauen im Städtevergleich. Allerdings wurden keine Daten aus den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen erhoben – im Ranking finden sich 79 Großstädte von Aachen bis Würzburg.

Zwischen Frankfurt und Salzgitter

Siegerin ist wie schon 2008 die Stadt Frankfurt/Main: Hier sind 43 Prozent der Ratsmitglieder weiblich, die Ausschüsse werden zu 50 Prozent von Frauen geführt. Mit der Oberbürgermeisterin Petra Roth hat die Stadt eine Rathauschefin, unter den Dezernatsleitungen sind 40 Prozent weiblich. Während Frankfurt bei fast allen Positionen mit der höchsten Punktzahl abschneidet, sind Frauen in der Kommunalpolitik des Rankingletzten absolute Mangelware: In Salzgitter sind die Runden der Fraktionsvorsitzenden und Dezernenten inklusive des Oberbürgermeisters ein reiner Männerclub. Unter zehn Ausschussvorsitzenden ist lediglich eine Frau zu finden, wie bereits 2008 hat die Stadt den niedrigsten Frauenanteil in den Kommunalparlamenten aller deutscher Großstädte. Für die Großstädte im Tabellenkeller sei typisch, dass sie häufig nicht die „kritische Masse“ von

über 30 Prozent Frauen in den Parlamenten erreichten, erläutert das Forschungsteam. Fazit: „Weil Frauen in diesen Kommunen nicht über eine hinreichende Machtbasis und Akzeptanz verfügen, sind sie auch kaum in der Lage in relevante Führungspositionen in Politik und Verwaltung zu gelangen.“

Im Durchschnitt aller 79 Großstädte sank der Frauenanteil bei den Ausschussvorsitzenden von 25,9 Prozent in 2008 auf jetzt 22,4 Prozent und bei den Fraktionsvorsitzenden von 20,6 Prozent auf 18,9 Prozent. Die Studie gibt auch Hinweise auf wesentliche Schlüsselfaktoren, die die Repräsentanz von Frauen beeinflussen: So ist zum Beispiel ein Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in der Kommunalpolitik mit dem Wahlerfolg von Parteien mit Quotierungsregelung zu erkennen. Dies gilt für die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei – wenn auch in je unterschiedlicher Ausprägung. Bei der SPD ist allerdings „die extreme Unterrepräsentanz 2010 bei den herausgehobenen Führungspositionen“ auffällig.

sbr

Die Ergebnisse der Studie sind unter www.heinrich-boell-stiftung.de (Demokratie/Feminismus & Geschlechterdemokratie) zu finden.

Special: Lesetipps für wache Frauen

♦ Der Herbst ist da und damit schützen die Buchmessen wieder ihr Füllhorn aus und beschenken uns reich mit Lesestoff – Anlass für „Wir Berlinerinnen“ spannende, streitbare und wegweisende Bücher zur Genderfrage vorzustellen. Darunter finden sich wissenschaftliche Monografien zum Themenbereich „Geschlecht und Strafrecht“, zum Spiel mit den Geschlechterrollen, aus der feministischen Theologie und über die Frauenpolitik in der DDR, populärwissenschaftliche Publikationen zum Mutter-Tochter-Verhält-

nis und des Frauenkampfes weltweit, eine Dokumentation über Frauen in den Wissenschaften sowie Porträts von Frauen, die die Welt bewegten, und Frauen, die sich durch die Welt mit ihren Autos bewegen. Darüber hinaus gehen die Tipps zum Umgang mit Strom- und anderen Energiekonzernen und schließlich die Frage, wie sich Gerechtigkeit heute im ganz alltäglichen Umgang durchzusetzen vermag. Eine besondere Erwähnung verdienen schon an dieser Stelle die „Spreeperlen“, der Band über Frauen

und Frauenpolitik in Berlin, den die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Berliner Bezirke gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen herausgegeben hat, sowie der Katalog zum Jubiläumsprojekt der GEDOK, der den Einstieg zu den „Lesetipps“ auf dieser Seite bildet.

Viel Spaß beim Stöbern, Blättern und Lesen wünscht

Sabine Röhrbein

Katalog und DVD zum Jubiläumsprojekt

In diesem Jahr schaut die GEDOK auf ihr 50-jähriges Bestehen nach der Wiedergründung 1960 zurück – Grund genug für eine umfangreiche Werkschau, die unter der Überschrift „Positionen + Rückblenden“ noch bis zum 24. Oktober 2010 im Haus am Kleistpark zu sehen ist. Es schließen sich bis Ende November weitere Ausstellungen und Konzerttermine zum Gesamtprojekt „Positionen 1960-2010“ an. Dazu ist eine aufwändige Dokumentation gleichen Titels erschienen, die mit der DVD „Täglich Kunst“ ideal ergänzt wird – beides wurde durch Lottomittel möglich.

Der 112 Seiten umfassende Dokumentationsband enthält ein ganz besonders gestaltetes Verzeichnis der Künstlerinnen und Kunstförderinnen, die sich in der GEDOK zusammengeschlossen haben: kleinformate mit

Beispielarbeiten in Vierfarbdruck bildete Einleger, die alle paar Seiten eingeklebt sind und so eine anschauliche Übersicht über die Fülle und Vielfalt weiblichen Kunstschaffens bieten, die ihresgleichen sucht. Den Mantel für diese Art Werkschau bilden Betrachtungen zur GEDOK-Geschichte und zur Frauenfrage in der Kunst. Hervorzuheben ist Gisela Breitlings Beitrag „Frauen und Kunst - oder Warten auf Godine?“, der ganz am Ende den melodramatischen Schlusspunkt setzt. Die GEDOK leide „unter dem notorisch schlechten Ruf von Frauen-Organisationen“ sowie dem „allgemeinen Malus der Frauen, keine qualitätsvolle Arbeit zuwege bringen zu können, gleichgültig um was es sich handelt“, schreibt Breitling. Das Besondere der Kunst von Frauen sei ihre Aussonderung und überhaupt sei der so definierte Terminus „Frauenkunst“ in ähnlicher Weise irreführend und verfehlt wie „Frauenrecht“, der ein Extra-Recht außerhalb des eigentlichen suggeriere. Wenn sich gegenwärtig die am besten (aus-)gebildete Frauengeneration auf den Weg mache, dann in eine Welt, die sie verändern werde. Die Besten machen sich auf den Weg „auch in die gläsernen Türme der Macht“. Macht bedeutet vor allem Definitionsmacht auch und gerade darüber, was Kunst und was Frauenkunst ist.

Wunderbare und dem Dilemma weiblicher Kunstschaffender und Kunstförderer - Zwischenfrage: Haben Frauen



überhaupt so viel Vermögen, um Kunst fördern zu können? - verhaftete und dieses ironisierende Porträts bietet „Täglich Kunst“. 90 Sekunden lang skizziert die Kamera Arbeitsweisen von Künstlerinnen aller Sparten und von ihren Förderinnen - die jüngste ist 30 Jahre alt, die älteste fast 100. Ein zweites Kaleidoskop neben dem beeindruckenden Band des Jubiläumsprojekts „Positionen“.

GEDOK Berlin: Positionen 1960-2010. Dokumentation. 112 Seiten. Berlin 2010. 10 Euro.

GEDOK Berlin: Täglich Kunst. Filmische Kurzporträts von Künstlerinnen und Kunstförderinnen. DVD 92 Min. Berlin 2010. 5 Euro.

Frauenrechte weltweit



Nicholas D. Kristof / Sheryl WuDunn

Die Hälfte des Himmels

Wie Frauen weltweit für eine bessere Zukunft kämpfen

C. H. Beck

Mit einem Vorwort von Margot Käßmann

„Frauen tragen die Hälfte des Himmels“, sagt ein chinesisches Sprichwort. Tatsächlich zeigen die Reportagen der beiden Pulitzer-Preisträger Kristof und WuDunn, dass arme Frauen oftmals die Hölle ertragen müssen. Die häufigsten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit richten sich gegen Mädchen und Frauen. „Nein, die so genannte Frauenfrage können wir längst noch nicht zu den Akten legen“, betont Margot Käßmann in ihrem Vorwort zur deutschen Ausgabe des Buches, das in den USA enorme Wellen schlug. Es zeigt: Wirksames Handeln ist möglich, jeden Tag, überall auf der Welt. Und: Auch wir können etwas tun, indem wir gezielt Organisationen, Projekte und Frauen unterstützen, die tagtäglich vor Ort gegen Sklaverei, Zwangsprostitution und Müttersterblichkeit und für Bildung für Mädchen, Mikrokredite für Kleinstunternehmerinnen und Frauenrechte weltweit kämpfen. „Ich empfinde es als Verpflichtung, dass Frauen, die in der Freiheit westlicher Industrienationen Macht in Politik, Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Kirche gewonnen haben, diese Macht gezielt einsetzen, um Frauen zu fördern in anderen Ländern dieser Erde“, so Käßmanns Plädoyer. Das Journalistenpaar hat die Geschichten von Frauen aufgeschrieben, die ihr Schicksal nicht erduldet haben, sondern Hilfe gesucht, die Initiative ergriffen und sich ganz

einfach zur Wehr gesetzt haben. Es braucht oft wenig, um tatsächlich Berge zu versetzen. Wer zur Sache kommen will, kann sich gleich dem letzten Kapitel widmen, das vier Dinge aufzählt, „die Sie in den nächsten zehn Minuten tun können“. In der folgenden Liste der Organisationen, die Frauen in Entwicklungsländern unterstützen, ist auch Terre des Femmes zu finden – immer eine gute Adresse für Informationen über Frauenrechte.

Kristof, Nicholas D. und WuDunn, Sheryl: *Die Hälfte des Himmels. Wie Frauen weltweit für eine bessere Zukunft kämpfen*. 359 Seiten, Verlag C. H. Beck, München 2010. 19,95 Euro.

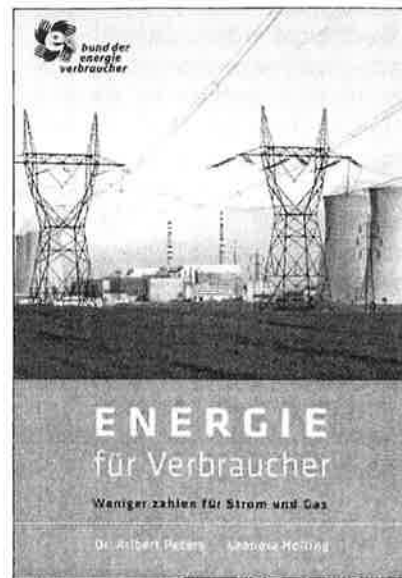
Geniale Erfinderinnen



Nicht immer sind es männliche Genies, deren Erfindungen uns im Alltag begleiten. Oftmals nutzen Frauen ihre spezifischen Erfahrungen, um ihn uns mit ihren Ideen zu erleichtern. Davon legt das neue Buch der Sichtermann und ihres Co-Autors Zeugnis ab: Melitta Benz, deren Kaffeefilter uns gleich einfällt, ist nur eine von 18 Porträtierten. Doch dass wir Erfindungen wie die Einwegwindel, den Geschirrspülautomaten, das mathematische Tortendiagramm und das Frequenzsprungverfahren der Genialität von Frauen verdanken, ist eine Überraschung.

Sichtermann, Barbara und Rose, Ingo: *Frauen – einfach genial. 18 Erfinderinnen, die unsere Welt verändert haben*. 128 Seiten, Knesebeck Verlag München 2010. 24,95 Euro.

Mehr als Stromkosten sparen!



Eigentlich ist der Energiemarkt seit Ende des letzten Jahrtausends liberalisiert. Kundinnen könnten ihren Energieversorger frei wählen und dadurch laut Angaben des Bundes der Energieverbraucher bis zu 500 Euro im Jahr sparen. Doch die wenigsten wissen, wie das geht, viele trauen sich schlicht nicht, weil ihnen die dazu nötigen Informationen fehlen. Diese Lücke will der Band des Autorenduos Peters und Holling jetzt schließen. Es will der Leserin Mut machen, nicht länger unnötig Geld zu verheizen. Wie ist der günstigste Anbieter zu finden? Wie erfolgt der Wechsel? Was ist bei unberechtigten Preiserhöhungen zu tun? Dies sind nur drei Fragen einer langen Liste. Alles, was frau über Energie wissen muss, von A wie Anschluss ans Energienetz über V wie Versorgungssperre bis Z wie Zahlungsunfähigkeit, wird behandelt. Energiespartipps, Hinweise auf staatliche Unterstützung für sozial Benachteiligte, zahlreiche Muster-schreiben und weitere nützliche Informationen sind enthalten. Alles in allem ein hilfreiches Kompendium für Energieverbraucherinnen, das den aktuellen Rechtsrahmen ebenso erläutert wie die Zusammenhänge auf den Energiemärkten.

Peters, Aribert und Holling, Leonora: *Energie für Verbraucher. Weniger zahlen für Strom und Gas*. 283 Seiten. Bund der Energieverbraucher e.V. Unkel 2010. 18,50 Euro.

Frauen im Unibetrieb



Zeugnis von den Anfängen des Frauenstudiums, an dem sich die „vergessene Geschichtliche Geschäftsordnung der Wissenschaft“ ablesen lässt, legt der Quellenband „Störgröße „F““ ab. Phase eins umfasst die Zeit der Gasthörerinnen und die heftig geführte Zulassungsdebatte, die unter dem Einfluss der ersten Frauenbewegung Zustimmung und Abwehr gleichermaßen provozierte. Große Frauennamen finden sich in den Akten – so eine polizeiliche Beurteilung von Hedwig Dohm, die sich als Gasthörerin Hinweise für ihr später berühmtes Hauptwerk zur Stellung der Frau erhoffte. Und auch das bedeutete Frauenstudium: Namenslisten von Studentinnen, die wegen ihrer „antinationalen Gesinnung“ 1934 die Uni verlassen mussten, das Urteil über eine Studentin, die vorehelichen Sex mit einem Ausländer gehabt hatte und deshalb 1942 mit dem dauernden Ausschluss vom Studium bestraft wurde.

Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität und der Projektgruppe Edition Frauenstudien: *Störgröße „F“*. Frauenstudium und Wissenschaftlerinnenkarrieren an der Friedrich-Wilhelms-Universität. 552 Seiten. trafo Verlagsgruppe Berlin 2010. 34,80 Euro.

Das Recht der Männer

Ein bisschen mutet der Sammelband an, als ob wir bei Adam und Eva anfangen müssten. Doch der Grund ist rasch einsichtig: Tatsächlich beginnt die (feministische) Rechtswissenschaft erst, die Genderfrage im Strafrecht auszuleuchten. Einige wegweisende Publikationen unter anderem der Berlinerinnen Susanne Baer und Beate Rudolf haben die Debatte angestoßen. Die nun vorliegende stellt gezielt Fragen: Erfasst das Strafrecht nur Taten, die mehr von Männern als von Frauen begangen werden? Werden Frauen anders vor Gericht behandelt



Feministischer Berlinblick

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Berlins haben gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen die kürzlich erschienenen „Spreeperlen“ herausgegeben. Auf 235 Seiten und mit 99 Stichworten wird Berlin als Stadt der Frauen präsentiert. Stichworte wie „Aimée & Jaguar“, „Artemisia“, „Ehre“, „Goldrausch“, „Hexenfrühstück“, „Jungfer“, „Lust“, „Milchmädchenrechnung“, „Nonnen“, „ÖPFI“ und „Weiberwirtschaft“ stellen überraschende Bezüge zu Orten und Themen her. Historisches wird mit aktueller Frauen- und Gleichstellungspolitik verbunden.

Leserin und Leser erfahren, dass der Stolperstein für Felice Schragenfeld an der Friedrichstaler Straße 23 zugleich an die Liebe zwischen Aimée und Jaguar erinnert, das

Hexenfrühstück eine Sensation der Berliner Landesregierung 1989 war und von Frauen geführte Unternehmen in Berlin stabiler sind und immer häufiger werden. Die Weiberwirtschaft steht für das gleichnamige Frauenwirtschaftsunternehmen in der Anklamer Straße in Mitte, für das UCW in der Sigmariner Straße in Wilmersdorf und den HAFEN in Marzahn. „An den vielen Beispielen wird deutlich, dass die Frauen in der Geschichte Berlins mindestens so wichtig waren wie die Männer – und lokalhistorisch interessierte Frauen und Männer können hier viele überraschende Entdeckungen machen – nicht nur in den informativ und spannend geschriebenen Texten, sondern auch anhand der vielen schönen, originellen Fotos“, heißt es aus dem Rathaus Charlottenburg. „Spreeperlen, Berlin – Stadt der Frauen“ ist für 5 Euro in den Büros der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Rathäusern erhältlich – auch im Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Zi 239, Tel 9029-12690.

Christine Rabe,
Gleichstellungsbeauftragte
Charlottenburg-Wilmersdorf

als Männer und welche Auswirkungen haben Geschlechterstereotype möglicherweise für die Verurteilung? Zementiert das Strafrecht traditionelle Geschlechterrollen oder setzt es sich vielleicht darüber hinweg? Die Antworten sind nicht nur für Juristinnen spannend zu verfolgen. Klar wird schon beim kenntnisreichen Überblick von Gerlinda Smaus: Das Strafrecht kennt nur spezifische Adressaten, sanktioniert bestimmte Gesellschaftsmglieder in bestimmten Situationen und Positionen und blendet damit andere aus – vor allem blendet es die häusliche Sphäre und damit die Frauen aus, bis auf das „weibliche Delikt“ par excellence, die Kindstötung. Unter der Überschrift „Hat die Schreckensstat ein Gesicht?“ thematisiert David James Prickett die Äußerungen von Politikern zu Kindstötungen in Ostdeutschland und damit das kollektive Bedürfnis nach einem Sündenbock für innenpolitische Fehlschläge seit 1990. Das ist nur eine Erkenntnis des Buches aus einer ganzen Reihe.



Temme, Gaby und Künzel, Christine (Hg.): *Hat Strafrecht ein Geschlecht? Zur Deutung und Bedeutung der Kategorie Geschlecht*. 275 Seiten. Transcript Verlag Bielefeld 2010. 27,80 Euro.

Vom „Weibmann“ zur Pastorin



In ihrem wegweisenden Buch „Der Weibmann“ wies die Soziologin und Religionswissenschaftlerin Gisela Bleibtreu-Ehrenberg erstmals schlüssig nach, dass transvestitische Schamanen Frauen aus dem Priesteramt drängten. Rudiment dieser Entwicklung sind die an Frauenkleider erinnernden bodenlangen, wallenden Priestergewänder. Kleidung, Religion und Geschlecht sind von Anfang an ineinander verschränkt zu denken, diese These bestätigt der Band „Das neue Kleid“, der geistliche Gewänder aus feministischer Perspektive in den Fokus nimmt.

Bekleidung in Religionen hat einen eigenen Code: Durch Gewänder und Kopfbedeckungen werden Botschaften über Rolle und Selbstverständnis der Bekleidungs-tragenden vermittelt. Und dies gilt eben nicht nur für die kultische Handlung zum Beispiel im Gottesdienst, sondern auch im Alltag, in dem Personen wegen ihrer Bekleidung als religiös erkennbar und ansprechbar werden. Ohne Mode kommt diese „zweite Haut“ nicht aus, wie Dagmar Konrad in ihrem Beitrag zur Kleiderfrage in Frauenklöstern feststellt. Tatsächlich existiert eine erstaunliche Variationsbreite, die sowohl den traditionellen Habit als auch zivile Kleidung für Nonnen und alle möglichen Zwischenstufen umfasst. Das „neue Kleid“ ist aber auch metaphorischer Ausdruck für die Verwand-

Mythos der perfekten Mutter

Elisabeth Badinter Der Konflikt Die Frau und die Mutter

C.H.Beck



Mutter zu werden ist nicht schwer, zu sein dagegen sehr, oder? Perfekte Kinder haben perfekte Mütter - alles was „falsch“ ist am Kind, hat die Mutter versäumt. Elisabeth Badinter, Feministin, Philosophin und Bestsellerautorin, attackiert das neue Ideal von der perfekten Mutter, das allen Müttern ein schlechtes Gewissen einflößt, die ihrem Kind nicht ständig den Vorrang vor sich selbst, ihrem

lung der Existenz durch den Glauben, wie die Taufe sie markiert – das alte Leben, die bisherige Identität werden abgelegt, um sich neu prägen zu lassen. Dass Babyausstattung blau oder rosa ist und Taufkleider entsprechend farblich abgesetzt, erscheint hier als Randnotiz. Wie sehr Taufkleider als Sinnspeicher aufgeladen sind, stellt Regina Sommer dar. Wie aber verhält es sich mit dem Talar? Stefanie Schäfer-Bossert macht das Streiten um gleiche Rechte in der evangelischen Kirche am Recht auf die geistliche Kleidung fest: Was bedeutet es, wenn nun Frauen den Talar tragen, der über Jahrhunderte nur den Männern vorbehalten war? Dürfen Pastorinnen einen Talar tragen, wollen sie das überhaupt?

Außerst spannend zu lesen sind auch die exegetischen Beiträge etwa von

Partner und ihrem Beruf einräumen. „Ich bin eine mittelmäßige Mutter, wie vermutlich die meisten Frauen“, sagt Badinter. Das Diktat der Natur dominiert den Muttermythos: Natürlich ist die ständige Nähe zwischen Mutter und Kind; sie ist für die gesamte Entwicklung des Kindes unverzichtbar. Natürlich ist das Stillen – weit über das erste Jahr hinaus moralisch geboten. Und überhaupt sind Frauen über ihre natürliche Mutterrolle zu definieren. Aber was ist wirklich natürlich? Und sollen Frauen im Namen der Natur wieder Verzicht lernen? Badinter, bis vor kurzem Professorin für Philosophie an der Pariser Elitehochschule Ecole Polytechnique, scheidet die Wahrheiten von den Mythen des nur angeblich Natürlichen. Gegen das moralische Diktat der Natur setzt sie die Freiheit der Frauen, ihr eigenes Leben und die Beziehung zu ihren Kindern selbst zu gestalten. Schließlich führt die Angst, keine vollkommene Mutter sein zu können, gerade in Deutschland bei vielen Frauen zum Kinderverzicht. In Frankreich erklimmt ihr neues Buch gleich nach Erscheinen Platz 1 der Bestsellerliste, auch hierzulande wird es eine Debatte auslösen.

Elisabeth Badinter: *Der Konflikt. Die Frau und die Mutter*. 224 Seiten. C.H. Beck Verlag München 2010. 17,95 Euro.

Silke Petersen zu Gal 3,27 „Wenn ihr Christus anzieht“ und last but not least die Ausführungen von Verena Maske zur immer noch nicht entschiedenen Kopftuchdebatte. Die Erkenntnis, dass Kopftuch nicht gleich Kopftuch ist, mag nicht neu sein. Aber dass eine Muslima durch das Kopftuchtragen einerseits eine Brücke zu den traditionellen Werten des Islam schlagen und gleichzeitig Werte westlicher Demokratien und insbesondere den Emanzipationsgedanken leben kann, ist für manche sicher überraschend.

Hartlieb, Elisabeth, Koslowski, Jutta und Wagner-Rau, Ulrike (Hg.): *Das neue Kleid. Feministisch-theologische Perspektiven auf geistliche und weltliche Gewänder*. 262 Seiten. Ulrike Helmer Verlag Sulzbach/Taunus 2010. 32 Euro.

Zwangskategorien durchbrechen



Schirmer, Uta: *Geschlecht anders gestalten. Drag Kinging, geschlechtliche Selbstverhältnisse und Wirklichkeiten*. 434 Seiten. Transcript Verlag Bielefeld 2010. 29,80 Euro.

Wie könnte eine alternative, nicht strikt zweigeschlechtlich strukturierte Wirklichkeit aussehen? Das ist die Kernfrage jedweder Geschlechterforschung, die wir vermutlich nie werden beantworten können, da die Welt ist, wie sie ist – verfasst durch eine naturalisierte, somatisch-biologisch fundierte, heteronormative und hierarchisierende Zweigeschlechtlichkeit. Dabei wird diese Wirklichkeit beständig durch Alltagsroutinen der Geschlechtsdarstellung und -wahrnehmung in sozialer Interaktion hervorgebracht und reproduziert (doing gender), immer mit Bezug auf situationsübergreifende Wissensbestände, so dass die Zweigeschlechtlichkeit letztlich als objektive Realität erscheint. Dennoch gibt es immer mehr Brüche, scheinen die herkömmlichen Gewissheiten der geschlechtlichen Wirklichkeit ins Wanken zu geraten – nicht zuletzt, weil die Rollenstereotype nicht mehr immer und überall funktionieren. Uta Schirmer knüpft mit ihrer Dissertation daran an, indem sie untersucht „wie Geschlecht im Horizont eines subkulturell geprägten sozialen Zusammenhangs – der hiesigen Drag King-Szene – gestaltet und gelebt wird“. Die empirische Studie untersucht kollektive Praxen und deren Sinnzuschrei-

bungen, die dafür verantwortlich sind, dass diese spezifische geschlechtliche Wirklichkeit weniger „drückend“ ist als die tatsächliche. Dabei wird die soziale und gesellschaftliche Bedingtheit von Geschlecht einmal mehr transparent. Ausgehend von den Ansätzen zur empirischen Rekonstruktion von Wirklichkeit, die sie mit queertheoretischen Überlegungen verbindet interpretiert die Autorin auf beeindruckende Weise die Auskünfte der Befragten. Dabei ist dies gerade kein Buch über Transgender, die wieder Zweigeschlechtlichkeit voraussetzen. Eine mögliche Neutralisierung der Geschlechter enttarnt Schirmer als Utopie. Sie bestätigt einmal mehr „die Wirkmächtigkeit einer strukturellen, hierarchisierenden Zweigeschlechtlichkeit“. Sie entwickelt vielmehr eine Perspektive, die nicht nur auf mehr als zwei Geschlechter verweist, „sondern auf Geschlechtlichkeiten, die offenbar grundsätzlich „anders“ funktionieren“. Für sie ist klar, dass nicht nur in subkulturellen Kontexten, sondern auch sonst Praxen eines anderen Verständnisses von Geschlecht gelebt werden (können).

Wie Ungerechtigkeiten überwinden?



Amartya Sen: *Die Idee der Gerechtigkeit*. 512 Seiten. C. H. Beck Verlag München 2010. 29,95 Euro.

Amartya Sen, der 1998 für seine Arbeiten zur Wohlfahrtsökonomie den Nobelpreis für Ökonomie erhielt, gilt nicht zuletzt seit seinem Buch „Die Identitätsfalle“ als einer der einflussreichsten Denker der Gegenwart. Als Professor für Philosophie und für Ökonomie (Harvard Universität) ist er kaum wie ein anderer prädestiniert, die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls in unsere globale Welt zu übersetzen. Sen eröffnet seine Idee der Gerechtigkeit mit einem Gleichnis: Drei Kinder streiten darüber, wem von ihnen eine Flöte gehören sollte. Das erste Kind hat Musikunterricht gehabt und kann als einziger Flöte spielen. Das zweite ist arm und besitzt keinerlei anderes Spielzeug. Das dritte Kind hat die Flöte mit viel Ausdauer selbst angefertigt. Das Rawls gewidmete Buch grenzt sich dann doch von der wirkungsmächtigsten Gerechtigkeitstheorie des 20. Jahrhunderts ab. Also werden Leserinnen, die eine weitere abstrakte Diskussion der institutionellen Grundlagen einer gerechten Gesellschaft erwarten, enttäuscht sein. Wer sich dagegen schon immer gefragt hat,

was solche Theorien eigentlich zur Bekämpfung real existierender Ungerechtigkeiten beitragen, der wird Gewinn aus Sens Buch ziehen. Seine klug durchdachte Idee ist weniger an der Ausformulierung einer ethisch perfekten Gesellschaft interessiert, sondern stellt Argumente vor, deren Maßstab die konkrete Überwindung von Ungerechtigkeit ist. Dabei eröffnet der Autor Perspektiven, die dem westlichen Denken meist fremd sind. Seine Kenntnis der hinduistischen, buddhistischen und islamischen Kultur ist wundervoll eingewoben in das Buch und prägt den Charakter seines Philosophierens. Besonders hervorzuheben: Sen bezieht den Kampf um Frauenrechte mit in seine Überlegungen ein und setzt sich unter anderem mit den Forderungen von Mary Wollstonecraft auseinander. Die Vernunft sucht die Wahrheit, wo immer sie sich finden lässt – und wie der Autor entdeckt sie auf ihrer Reise viele gangbare Wege zu einer gerechteren Welt.

Ostdeutsche Perspektive

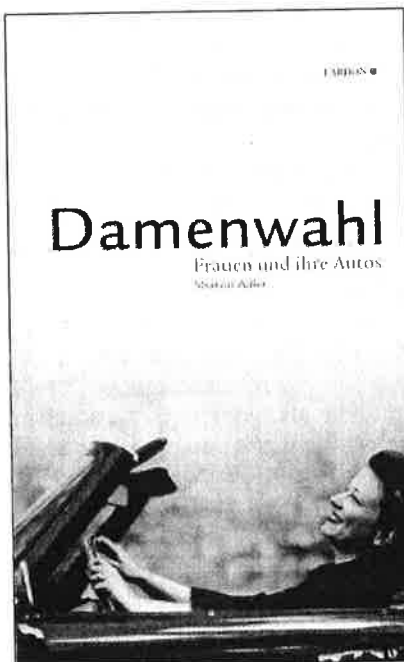


Hatte die DDR etwas Gutes? Aus Sicht westdeutscher Feministinnen schon, die vor 20 Jahren enorme Erwartungen an die emanzipierten Schwestern aus Ostdeutschland richteten: Sie sollten der Frauenbewegung neue Dynamik verschaffen. Die Enttäuschung war vorprogrammiert, orientierten die Frauen hüben wie drüben doch auf ganz andere, ihrer jeweiligen Lebenssituation entspringende Forderungen. Schließlich erkannten die Westschwestern, dass die Frauen in der DDR trotz Rundum-Kinderbetreuung und Selbstbewusstsein der Werktätigen ebenso die Doppelbelastung von Heim und Beruf schultern mussten und hakten die Zusammenarbeit erst einmal ab. Einblicke in das Innenleben der Frauenemanzipation in der DDR gewährt Helga E. Hörz, die sich Meriten nicht nur als Professorin für Ethik, sondern auch als DDR-Vertreterin in der UNO-Kommission „Zur Stellung der Frau“ erworben hat. Als solche hat sie die UN-Konvention „Über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“ mitentworfen, sie war Erste Vizepräsidentin der Zweiten Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen 1981. Wohl auch deshalb ist der Satz „Frauenrechte sind Menschenrechte“ ihr Bezugspunkt. Weitere sind Marx und Bebel sowie sozialistische Frauenrechtlerinnen. Ausgehend von den Nachkriegsjahren widmet sich die Autorin der schrittweisen Durchsetzung der Frauenrechte in der DDR, geht detailliert auf die Frauenförderung und die Verwirklichung der Gleichberechtigung ein. Staatliche Rahmenbedingungen allein hätten dies nicht geschafft, vieles sei dem Einsatz der Frauen selbst zu verdanken gewesen, bekennt sie. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau sowie das hohe Bildungsniveau habe zu einem starken Selbst-

bewusstsein der Frauen geführt. Vom Himmel auf Erden erzählt Hörz aber nicht. Immer wieder ist von Unzulänglichkeiten und Rückschritten die Rede. Und: Was für die älteren Frauengenerationen noch Errungenschaften waren, sei für die jungen selbstverständlich gewesen. Den Wert ihrer Errungenschaften hätten die DDR-Frauen nach dem 3. Oktober 1990 schmerzlich begreifen müssen. So sehr sich die Autorin um akribische Beschreibungen bemüht, so sehr argumentiert sie aus der Perspektive einer Sichverteidigenden, die auf die aberkannte DDR-Biografie von Frauen abhebt – eine Tatsache, die sie selbst hat erfahren müssen. Dadurch ist die Sicht auf jeweils die Vorzüge und Nachteile von West- und Ostdeutschland teils zu wenig selbstkritisch. „Mit den Erfahrungen aus der DDR im Kopf weiß die engagierte Frau, was zu erreichen ist, wenn man sich nicht aufgibt, seinen Elan nicht verliert und konsequent für Frauenrechte eintritt“, schreibt sie. Das macht dann wieder ein Mut.

Helga E. Hörz: *Der lange Weg zur Gleichberechtigung. Die DDR und ihre Frauen.* 262 Seiten. Trafo Verlagsgesellschaft Berlin 2010. 19,80 Euro.

Ich fahr' Auto!



Manchmal ist das Leben ganz einfach: Mann und Kinder nerven, der Chef erkennt die geniale Idee nicht

Am Hofe der Königin

Claudia von Gélieu gibt der Leserin auf eigene Weise hautnahe Einblicke in das Leben einer ihrer Verwandten im 18. Jahrhundert, und dabei besonders in das Lebensmilieu von aktiven, selbständigen Frauen. 1785 übernahm Salomé de Gélieu die Erziehung der Prinzessinnen Therese, Luise und Friederike von Mecklenburg-Strelitz. Diese Lebensstationen werden über die 200 Seiten als spannender Lebensbericht geschildert. Dieses auch in den Beziehungen zur Zeitgeschichte ereignisreiche Buch erzählt viel über die Selbstständigkeit von Frauen und wie sie sich in oft familiären Netzwerken, aber auch durch Freundschaften, gegenseitig halfen und sich so voran brachten. Über die Gélieu – wie sie Luise später als ihre Freundin genannt hat – erfährt die Leserin, wie sie auf fördernde Weise die jungen Prinzessinnen erzogen hat und so Luise auf ihre Zukunft als Königin an der Seite des jungen Prinzen Friedrich-Wilhelm von Preußen vorbereitet hat. Die Autorin nimmt mit erzählerischer Tiefe und größter sprachlicher Genauigkeit die Leserin von der ersten Seite an mit in die geschichtliche Wirklichkeit.

Anne Schäfer-Junker

Claudia von Gélieu: *Die Erzieherin von Königin Luise: Salomé de Gélieu.* 216 Seiten. Pustet Verlag Regensburg 2007. 22 Euro.

oder die Mutter nörgelt wie seit 30 Jahren – dann heißt es „Zündschlüssel drehen und ab in die Freiheit düsen“. In welche Autos prominente Frauen in solchen Fällen und auch sonst einsteigen, erzählt Sharon Adler mit leichter Feder und tollen Fotos. Das Bekenntnis „Ich fahr' Auto!“ hat Stil und Klasse bei Marla Glen, Jette Joop, Ulrike Folkerts, weiteren 36 Autoliebhaberinnen – und der Autorin selbst. So öffnet „Damenwahl“ den Blick für neue Sichtweisen auf ein altes Thema und beweist: Frauen können ihr Auto richtig lieb haben. Zum Preis von 14,90 Euro zu bestellen via damenwahl@aviva-berlin.de

Neue Gender-Professuren an der TU

Im Wintersemester 2010/11 werden an der TU Berlin so viele Gastprofessorinnen wie noch nie über das Berliner Programm für Chancengleichheit finanziert: Sieben der neun Professorinnen haben einen expliziten Genderbezug und werden die Lehre an den jeweiligen Fakultäten um diesen zentralen Aspekt bereichern. Darüber hinaus werden ab Oktober zwei Professuren an der Fakultät Mathematik und Naturwissenschaften gefördert, die sich explizit mit dem

Thema „Frauen in MINT-Fächern“ beschäftigen.

Die TU hole sich damit die notwendige Fachexpertise, um Ergebnisse der Geschlechterforschung in die Lehre zu integrieren, heißt es. Dies sei ein Standard, der mittlerweile zum Qualitätsmerkmal guter Forschung und Lehre gehöre. „Darüber hinaus übernehmen die Gastprofessorinnen als sogenannte ‚role models‘ eine wichtige Vorbildrolle für junge Frauen“, betont die Universität.

Möricke-Preis für Carl-von-Linné-Schule

Das Team der „Werkstatt Soziales Lernen“ an der Carl-von-Linné-Schule für Körperbehinderte in Lichtenberg hat den diesjährigen Helga-Moericke-Preis gewonnen. Staatssekretärin Almut Nehring-Venus überreichte als Schirmfrau die Urkunde und einen Scheck über 1.500 Euro. „Das Konzept des Sozialen Lernens macht Jungen und Mädchen selbstbewusst, stark und kooperativ. Der Preis moti-

viert das Team der Carl-von-Linné-Schule und ehrt die verstorbene Dr. Helga Moericke, die das Soziale Lernen maßgeblich für den Schulalltag entwickelte“, betonte Nehring-Venus. Soziales Lernen ist Teil eines erweiterten Lernbegriffs, der die Entwicklung von Handlungskompetenz zum Ziel hat. Ausgelobt vom Verein „frauen+schule Berlin/Brandenburg e.V.“ wurde der Preis zum zweiten Mal verliehen.

Konferenz zu Gender Budgeting

Nach der Fachtagung „Allein erziehend – doppelt gefordert“ Ende Juni lud die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen Mitte September zur zweiten Veranstaltung unter dem Motto „Gleichstellung weiter denken“ mit Bezug zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm (GPR) ein. Diesmal lag der Fokus beim „Gender Budgeting – von der Analyse zur Steuerung“. Nicht ohne Grund, denn die Berliner Verwaltung nimmt bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Einführung von Gender Budgeting in die Haushaltsprozesse des Landes und der Bezirke ein. Für viele Arbeitsergebnisse, Leistungen und Produkte der Verwaltung wurden geschlechterdifferenzierte Nutzungsstatistiken eingeführt und in einigen Berliner Verwaltungen auf Grundlage dieser Informationen bereits Steuerungsentscheidungen gefällt. Allerdings besitzen die Informationen aus dem Gender Budgeting Prozess noch weitaus größeres Potenzial, um sie für eine zielorientierte

Politik im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter zu nutzen.

„Gender Budgeting trägt zu einer wirkungsorientierten und effizienten Verwaltung bei. Die Konferenz ist ein wichtiger Meilenstein, um die Berliner Strategie in Sachen gleichstellungsorientierter Haushalt weiterzubringen“, begrüßte Frauensensor Harald Wolf die Teilnehmenden des zweitägigen Kongresses, Abgeordnete und Bezirksverordnete aller Parteien, Beschäftigte der Verwaltung und Fachleute aus Berlin, dem gesamten Bundesgebiet sowie aus den europäischen Ländern. Neben Hauptvorträgen aus dem nationalen und internationalen Bereich standen neun Foren zu verschiedenen Themen auf dem Programm. Die Palette reichte dabei von „Sport und Spiel“ und „Wirtschaft“ bis „Bürgerhaushalt“, „Mittelvergabe“ und „Indikatoren“.

Eine Dokumentation des Kongresses ist demnächst unter www.gleichstellung-weiter-denken.de zu finden.

Ausschreibung der Frauenpreise 2011

Die traditionsreiche **Louise-Schroeder-Medaille** wird 2011 am 2. April verliehen – das Abgeordnetenhaus hat jetzt dazu aufgerufen, Vorschläge für Preisträgerinnen bis zum 22. Oktober 2010 einzusenden: Die Louise-Schroeder-Medaille wird seit 1998 an eine Persönlichkeit oder Institution verliehen, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeder in hervorragender Weise Rechnung trägt und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben hat.

Louise Schroeder war seit 1919 Parlamentarierin und von Mai 1947 bis Dezember 1948 Oberbürgermeisterin von Berlin. In dieser Zeit hat sie sich bleibende Verdienste um die Stadt erworben. Vorschläge für geeignete Persönlichkeiten oder Institutionen sind beim Abgeordnetenhaus von Berlin, Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“, Nienkirchnerstraße 5, 10117 Berlin, einzureichen. Dem Vorschlag ist eine aussagekräftige Begründung beizufügen.

Der Senat vergibt jährlich den Berliner Frauenpreis an eine Berlinerin, die sich durch ihren Einsatz in herausragender Weise für die Emanzipation der Geschlechter eingesetzt hat. Zu den Preisträgerinnen der vergangenen Jahre gehörten Anke Domscheit, Ilse-Maria Dorfstecher, Dr. Czarina Wilpert, Seyran Ates und Maren Kroymann. Der Preis ist mit 2.600 Euro dotiert, die Verleihung findet am 8. März 2011 bei einer Festveranstaltung im Roten Rathaus statt. Alle Berlinerinnen und Berliner sind aufgerufen, bis zum 22. Oktober 2010 Vorschläge an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, z.Hd. Katrin Strauch, Martin-Luther-Strasse 105, 10825 Berlin, (Mail-Kontakt: katrin.strauch@senwtf.berlin.de) einzureichen.

Internet-Infos:
www.parlament-berlin.de
www.berlin.de/sen/frauen

Berlin-Statistik

Immer mehr Frauen bei den Professoren

♦ Ende 2009 beschäftigten die Hochschulen in Berlin insgesamt 30.242 hauptberufliche Mitarbeiter, drei Prozent mehr als 2008. Besonders bemerkenswert: Der Anteil der Frauen in der Professorenschaft ist wieder erneut gestiegen (um zwei Prozentpunkte) und erreichte mit 28 Prozent einen neuen Höchststand. Bei den Juniorprofessoren stieg der Frauenanteil sogar auf 54 Prozent (2008: 46 Prozent). Insgesamt waren Ende 2009 an den Berliner Hochschulen 17.703 Frauen hauptberuflich beschäftigt (59 Prozent). Der Frauenanteil beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug 39 Prozent, beim nichtwissenschaftlichen Personal 74 Prozent, bei den Teilzeitbeschäftigten 71 Prozent.

Kinderschutz 2009

♦ Im Jahr 2009 haben die Jugendämter in Berlin 1.336 Kinder und Jugendliche vorläufig unter Schutz gestellt, darunter 1.326 in Obhut genommen. Das waren 71 junge Menschen (5,6 Prozent) mehr als ein Jahr zuvor, teilte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg kürzlich mit. Zur Erläuterung: Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, die sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Sie werden dann aus dieser Situation zum Beispiel aus ihrer Familie genommen und anderswo untergebracht. 874 Jugendliche ab 14 Jahren wurden 2009 in Obhut genommen. Damit erfolgten über zwei Drittel aller Inobhutnahmen in dieser Altersgruppe, rechnen die Statistiker vor. 452 waren Kinder unter 14 Jahren, darunter 109 Kinder unter drei Jahren alt - dies sind sechs Unter-Dreijährige weniger als im Jahr 2008. In drei Viertel der Fälle erfolgte die behördliche Maßnahme auf Grund von Hinweisen Anderer, in einem Viertel ging die Initiative von den Betroffenen selbst aus.

Frauen auf dem Chefsessel: Berlin mit Spitzenposition

♦ Die frauenfreundlichsten Unternehmen Deutschlands sitzen in Berlin. Das ist das Ergebnis einer Studie des Lübecker Unternehmens databyte. Danach sind die Chefetagen deutscher Unternehmen zwar weiterhin flächendeckend fest in Männerhand, und der bundesweite Frauenanteil im Management stagniert bei 17,37 Prozent. Doch mit einer Frauenquote von über 19 Prozent liegt Berlin weit über dem Bundesdurchschnitt und nimmt unangefochten die Spitzenposition ein. Und: Die neuen Bundesländer stehen in puncto Frauen in Spitzenpositionen auffallend gut da - Sachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Brandenburg haben einen Frauenanteil von jeweils über 18 Prozent. Abgeschlagen auf den letzten Plätzen liegen dagegen Bremen und das „Musterlände“ Baden-Württemberg. Tatsächlich dominieren die Männer am stärksten im Nordwesten und Südwesten der Republik: In Niedersachsen und Schleswig-Holstein sitzen nur etwas über 17 Prozent, in Nordrhein-Westfalen und Bremen rund 16 Prozent Frauen auf dem Chefsessel. Baden-Württemberg bildet mit unter 16 Prozent das Schlusslicht. Die Betrachtung von 412 Kreisen bestätigt diese Tendenz: Brachland für karrierebewusste Frauen herrscht in Borken,

Biberach, Bentheim, Olpe und Sigmaringen mit unter 14 Prozent. Sehr gut dagegen stehen Thüringen und Bayern mit den Kreisen Eisenach, Cottbus, Starnberg, Miesbach und Sonneberg mit über jeweils 21 Prozent Frauen in der Unternehmensleitung da. „Die regionalen Unterschiede der Frauenquoten gründen auch in der Tatsache, dass Frauen in kleineren und mittleren Unternehmen verhältnismäßig stark vertreten sind“, erläutert Silke Venker, Sprecherin der databyte GmbH. „Strukturell bedingt sind Firmen mit geringerer Betriebsgröße in den neuen Bundesländern besser repräsentiert. Auch haben im Osten die Branchen Einzelhandel und Gesundheits- und Sozialwesen, in denen traditionell mehr Frauen Spitzenpositionen einnehmen, eine stärkere Stellung gegenüber etwa dem männerdominierten Kredit- und Industriegewerbe.“ Der Anbieter von Wirtschaftsinformationen untersuchte 1.235.882 Führungskräfte in 938.246 Unternehmen. Die Zahlen basieren auf der databyte Datenbank, die rund 50 Millionen aktuelle Firmenprofile mit detaillierten Geschäftsführerinformationen, Branchen, Umsatz- und Mitarbeiterzahlen umfasst. Die qualitative Auswertung datiert vom Juli 2010.

Verbotener DDR-Film feierte Premiere

♦ Nach bald 40 Jahren feierte kürzlich ein Film in Berlin Premiere, der in der DDR verboten war: „Die Taube auf dem Dach“ von Iris Gusner ist mit seiner Frage nach Geschlechterrollen dabei nach wie vor äußerst aktuell. Mit der Restauration und Wiederaufführung schließt sich 20 Jahre nach dem Mauerfall eine weitere Lücke im DEFA-Filmerbe. Das Spielfilmdebüt der jungen Regisseurin ist in Babelsberg entstanden. Gusner hatte an der legendären Moskauer Filmhochschule bei dem nicht weniger legendären Michail Romm („Der gewöhnliche Faschismus“, „Neun Tage eines Jahres“) studiert. In der DDR zurück musste sie noch sieben Jahre als Assistentin aushar-

ren, bis sie die Chance ihres ersten Spielfilms bekam. Dafür verantwortlich seien latente Vorbehalte gegenüber einer Frau als Regisseurin gewesen, heißt es. Der Filmtitel führt in die Irre, denn hier geht es mehr um den Spatz in der Hand. Es ist eine spröde Liebesgeschichte zwischen der jungen Bauleiterin Linda (Heidemarie Wenzel), einem älteren, heimatlosen Bauarbeiter und Herumtreiber (Günter Naumann) und einem temperamentvollen, jungen Spund (Andreas Gripp). Die „Taube“ bezieht sich auf die Utopie von freien, selbstbewussten Persönlichkeiten, die jederzeit Herren/Herrin ihres Tuns sind. Der Film wurde wegen „Falscher Darstellung der Arbeiterklasse“ schließlich verboten.

ADS erprobt anonymisierte Bewerbung

♦ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat jetzt ein zwölfmonatiges Pilotprojekt zu anonymisierten Bewerbungsverfahren gestartet. Daran beteiligen sich fünf Unternehmen - die Deutsche Post, die Deutsche Telekom, das Kosmetikunternehmen L'Oréal, der Geschenkdienstleister Mydays und der Konsumgüterkonzern Procter & Gamble - sowie das Bundesfamilienministerium. Das Pilotprojekt wird während der gesamten Dauer wissenschaftlich begleitet und anschließend ausgewertet. Sie sei fest davon überzeugt, dass die ADS mit den Ergebnissen weitere Unternehmen von den Vorteilen von Vielfalt und Diskriminierungsfreiheit überzeugen könne, betonte die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Christine Lüders, bei der Präsentation des Vorhabens Ende August. „Bei unserer Initiative setzen wir auf Überzeugung und Freiwilligkeit. Deshalb verstehe ich die Aufregung in Teilen der Wirtschaft nicht. Uns geht es darum, ein in anderen Ländern schon verbreitetes Verfahren zu testen und anschließend zu bewerten.“

AGG und Personalauswahl

Es gibt hinreichend Belege, dass Menschen trotz hoher Qualifikation die Chance zum Bewerbungsgespräch nicht bekommen. So zeigt eine aktuelle Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), dass allein die Angabe eines ausländisch klingenden Nachnamens die Bewerbungschancen

erkennbar verringert. Bei einem türkischen Namen sank die Chance auf ein Vorstellungsgespräch um 14 Prozent, in kleineren Unternehmen sogar um 24 Prozent. Bewerbungsratgeber empfehlen daher, die deutsche Staatsangehörigkeit im Lebenslauf anzugeben, wenn man im Ausland geboren ist oder einen fremdländisch klingenden Familiennamen hat. Dabei bezieht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) „Bewerberinnen und Bewerber für ein Beschäftigungsverhältnis sowie die Personen, deren Beschäftigungsverhältnis beendet ist“ ausdrücklich in seinen Geltungsbereich mit ein. Nach § 6 gelten sie ebenfalls als Beschäftigte im Sinne des AGG. So haben Unternehmen ihre Einstellungspraxis durch das AGG vielfach geändert. Allerdings bleibt dies vor allem auf die Ausschreibung von neu zu besetzenden Stellen beschränkt. Nicht geändert haben sie interne, schwer von außen zu prüfende Elemente der Personalauswahl, wie etwa Kriterien für die Sichtung der Bewerbungsunterlagen. „Die Betriebe versuchen, ihre bisherige Praxis beizubehalten, ohne mit dem Gesetz erkennbar in Konflikt zu geraten“, hat die Studie „Die Anwendung des AGG in der betrieblichen Praxis“ der Universität Hamburg ergeben. Anonymisierte Bewerbungsverfahren, wie sie im angloamerikanischen Raum, aber auch in Frankreich üblich sind, können die Gerechtigkeit bei der

Personalauswahl erhöhen. Bewerberinnen und Bewerber überzeugen in einem ersten Schritt allein durch ihre Qualifikation und erhalten so die Möglichkeit, sich in einem persönlichen Gespräch zu beweisen. Dafür besonders wichtig sind anonymisierte Lebensläufe: Die Durchsicht der Bewerbungsunterlagen ist nach dem Einstellungsinterview das mit Abstand häufigste Auswahlinstrument für Personalchefs. Die Lebenslaufanalyse gilt als erste Passungsprüfung, um aus der Flut der Bewerbungen die optimale Besetzung für die vakante Stelle herauszufiltern.

Anonymisierte Lebensläufe enthalten weder ein Foto noch den Namen, die Adresse, das Geburtsdatum oder Angaben zum Familienstand der sich bewerbenden Person. Hier stehen ausschließlich Fähigkeiten und Kompetenzen der Bewerberin oder des Bewerbers im Mittelpunkt. Die Erfahrungen der ADS hätten gezeigt, dass auch alleinerziehende Mütter und Ältere häufig zuerst vom Stapel der Bewerbungen aussortiert werden. „Grundsätzlich aber kann jeder davon profitieren, wenn nur Qualifikationen und keine persönlichen Angaben eine Rolle spielen“, so die ADS. Bei dem Modellprojekt sollen die Unternehmen verschiedene Modelle anonymisierter Bewerbungsverfahren erproben, um Herausforderungen und Vorteile kennen zu lernen. „Wir wollen herausfinden, in welchem Bereich welches Modell praktikabel ist“, heißt es. sbr

Der richtige Begriff

VON HARALD MARXENSTEIN



Aus gegebenem Anlass habe ich mich gefragt: Was ist eigentlich Diskriminierung? Was versteht man unter diesem Begriff? Man hört oft, dieser wird diskriminiert, jene wird diskriminiert. Man hört die ganze Zeit dieses Wort. Ich kam zu dem Ergebnis: Diskriminierung heißt, dass jemand Nachteile erleiden muss wegen Eigenschaften, an denen diese Person nichts ändern kann. Jemand kriegt, nur wegen der Hautfarbe, eine bestimmte Wohnung nicht. Jemand wird vor allem wegen des Geschlechts nicht befördert. Jemand fliegt aus dem Job, nur, weil er oder sie alt ist. Das ist Diskriminierung. Wenn jemand Nachteile erleidet wegen Dingen, die er oder sie ändern könnte oder zu verantworten hat, dann handelt es sich meiner Meinung nach nicht um Diskriminierung. Zum Beispiel: Jemand bekommt eine Wohnung nicht, weil diese Person zum Besichtigungstermin stark betrunken oder extrem ungeduscht erscheint, da kann man nicht von Diskriminierung sprechen. Oder ein Schüler bekommt schlechte Noten, weil er nicht lernt. Das ist keine Diskriminierung, selbst dann nicht, wenn der Schüler einen Migrationshintergrund hat. Er könnte ja lernen. Das ist nicht unmöglich. Auch wenn jemand nicht befördert wird, weil eine andere Person irgendwie besser ist, lässt sich meiner Ansicht nach das Wort Diskriminierung nicht verwenden. Der richtige soziologische Fachbegriff für all diese beschriebenen Phänomene lautet nicht Diskriminierung, sondern Gerechtigkeit. Wenn Leute, die sich anstrengen, am Ende etwas besser dastehen als Leute, die sich nicht anstrengen, dann ist dies nicht diskriminierend, sondern gerecht. Wenn man jetzt zum Beispiel sagt: Eine bestimmte Personengruppe, sagen wir, die Architekten, ist problematisch. Architekten werden - das ist nur ein theoretisches Beispiel - laut Statistik im Durchschnitt häufiger kriminell als Anwälte oder Theologen. Architektenkinder haben oft Schulprobleme, sie machen seltener Abitur als die Soziologensprosslinge. Interessanterweise sprechen die Kinder von Architekten häufig nur gebrochen deutsch. Bei den Architekten scheint etwas schieflaufen, die müssen an sich arbeiten. Wenn nun jemand kommt und sagt: „Darauf herumzuhacken ist Diskriminierung!“, dann würde dies bedeuten, dass den Architekten die Kriminalität, das Schulproblem und das Sprachproblem angeboren sind. Sie können nichts daran ändern. Deswegen darf man sie nicht benachteiligen oder ausschimpfen, sie sind halt so. Diskriminiert werden kann man nur wegen Eigenschaften, an denen man nichts ändern kann, oder? Das heißt, wer sich über Diskriminierung beschwert, muss sich das vorher genau überlegen. Es kann sein, dass man sich dadurch selbst in ein sehr schlechtes Licht setzt.

Aus: Tagesspiegel vom 5.09.2010

CEDAW: Frauenministerin Schröder schweigt

♦ „Das Jahr 2010 hätte auch in Deutschland ein wichtiges Jahr für die Frauen und die Frauenrechte werden können, wenn sich Bundesfrauenministerin Kristina Schröder (CDU) für eine Stärkung der Frauenrechte überhaupt interessieren würde“, kommentierte die SPD-Bundestagsabgeordnete und LFR-Vorstandsrau Mechthild Rawert die aktuelle Frauenpolitik aus Anlass des 25-jährigen Inkraftseins des „Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) in Deutschland am 9. August. Die Frauenrechtskonvention sei eine Errungenschaft der weltweiten Frauenbewegung und zähle zu den wichtigsten internationalen Menschenrechtsdokumenten, betonte Rawert. „Mit dieser ‚Magna Charta der Frauenrechte‘ wird für alle Lebensbereiche anerkannt, was in Politik und Alltag selbstverständlich sein sollte: Frauen- und Mädchenrechte sind unveräußerlicher, integraler Teil der universellen Menschenrechte.“ Deutschland hat CEDAW am 9. August 1985 und das Zusatzprotokoll 2002 ratifiziert. „Leider schweigt Ministerin Schröder zu den vielfältigen Formen der Frauenendiskriminierung“, erklärt Rawert. „Ist erkennbar, dass Bundesfrauenministerin Schröder tatsächlich wirkungsvolle Maßnahmen zur Behebung der Einkommensungleichheit zwischen Frauen und Männern - in Deutschland immerhin 22 Prozent - implementiert? Nein. Werden von ihr Möglichkeiten einer Ausweitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in Betracht gezogen? Nein. Will sie eine Verbandsklage einführen, die die rechtlichen Möglichkeiten von Frauen, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen, erweitert oder will sie stärkere Sanktionen bei nachgewiesener Diskriminierung? Nein. Werden von ihr positive Diskriminierungsmaßnahmen gefordert wie zum Beispiel Quotenregelungen für Frauen auf Leitungsebenen, in Aufsichtsräten und Vorständen? Nein. Sie schweigt.“ Die Bundesregierung verschleppe die Umsetzung umfassender Frauenrechte, obwohl der CEDAW-Ausschuss Deutschland angemahnt hätte.

Offener Brief an Frauenministerin

♦ Immer wieder schaltet sich das Netzwerk Gender Mainstreaming Experts International (GMEI) mit Offenen Briefen in aktuelle politische Debatten ein. Diesmal wenden sich die Expertinnen aus allen Fachdisziplinen und Tätigkeitsfeldern mit Datum vom 29. September 2010 an Bundesfrauenministerin Kristina Schröder mit dem Ziel, die Umsetzung der Forderung des CEDAW-Ausschusses von 2009 zu befördern. „Die Bundesregierung wurde bereits Anfang letzten Jahres von den Vereinten Nationen für ihre unzureichende Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern kritisiert“, betont GMEI. Der CEDAW-Ausschuss habe nicht nur die Rückkehr zu einem integrierten Konzept der Geschlechtergerechtigkeit empfohlen, sondern auch die Einführung effektiver Verantwortlichkeits- und Überwachungsmechanismen gefordert. Darüber hinaus solle die Bundesregierung ein Konzept für ein geschlechtergerechtes Finanzmanagement der öffentlichen Haushalte (Gender Budgeting) einführen. „Bislang lässt Ihre Regierungspolitik nicht erkennen, wie der Forderung der Vereinten Nationen entsprochen werden soll. Im Gegenteil: Seit dem Auslaufen der Förderung des GenderKompetenzZentrums im Juli 2010 fehlt es an einer Forschungs- und Beratungseinrichtung, die eine gleichstellungsorientierte Politik auf Ebene der Länder und des Bundes fachlich unterstützt“, so GMEI. Weiter heißt es: „Wir begrüßen Ihre Anstrengungen, die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern zu fördern und den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Auch die Förderung einer Jungen- und Männerpolitik, die traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit kritisch hinterfragt, ist ein gleichstellungsrelevantes Thema, das bislang zu wenig Beachtung gefunden hat. Um Benachteiligungen vollständig und dauerhaft zu beseitigen ... genügen derartige punktuelle Maßnahmen, zumal auf freiwilliger Basis, jedoch nicht.“ Unter Verweis auf den Gender Pay Gap, der in Deutschland weiter bei 23 Prozent liegt, erkennen die Expertinnen die grundlegende Auseinandersetzung mit den Wirkungen von

Entscheidungen, Entscheidungsstrukturen sowie Arbeits- und Verwaltungsroutinen innerhalb von Verwaltung und Privatwirtschaft als notwendig, „um zu verhindern, dass stereotype Rollenvorstellungen und Benachteiligungsmechanismen reproduziert werden“. Das Lohngefälle betreffe eben nicht nur die Frage „gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“, „sondern reflektiert vielfältige Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt“. Dem schließen sich mehrere Forderungen an:

► Strukturen für eine koordinierte Gleichstellungspolitik innerhalb der Bundesregierung aufzubauen und die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen,

► Perspektiven für eine dauerhafte Forschungs- und Beratungseinrichtung zu entwickeln, um die Umsetzung von Gleichstellung fachlich kompetent zu unterstützen und Gleichstellungswissen nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für andere Akteure und Akteurinnen in der Politik, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft zur Verfügung zu stellen,

► der in den abschließenden Bemerkungen des Komitees angemahnten Verantwortung für eine effektive Umsetzung von Gleichstellung in den Bundesländern gerecht zu werden,

► das im 6. CEDAW-Staatenbericht angekündigte Konzept zur Einführung eines geschlechtergerechten Finanzmanagements der öffentlichen Haushalte zu entwickeln und umzusetzen sowie

► auch in der Privatwirtschaft verbindliche gleichstellungsorientierte Strukturen einzufordern.

Das Netzwerk abschließend: „Ihr Ministerium hat bei der Umsetzung der Querschnittsaufgabe Gleichstellung in Deutschland die Federführung inne. Wir erwarten darum, dass Sie Ihre Einflussmöglichkeiten nutzen. Wir stehen Ihnen auch gern für ein Gespräch zur Verfügung.“

sbr

Das komplette Schreiben ist im Internet auf www.gmei.de zu finden.

Mutterschutz für Selbstständige

♦ Erstmals haben auch Unternehmerinnen einen gesetzlichen Anspruch auf Mutterschutz. Eine entsprechende EU-Richtlinie, die am 4. August in Kraft getreten ist, muss von den Mitgliedsstaaten in den nächsten zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. „Mit der neuen Richtlinie vollzieht Europa einen wichtigen Schritt, um den sozialen Schutz zu verbessern und selbstständig er-

werbstätigen Männern und Frauen sowie deren Partnern gleiche wirtschaftliche und soziale Rechte zu gewähren“, erklärte Vizepräsidentin Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, dazu. Die Neuregelung soll auch helfen, dass sich mehr Frauen für die Selbstständigkeit entscheiden. Bisher wird nur jedes dritte Unternehmen in der EU von einer Frau geführt.

Kronberger Erklärung gegen Quote

♦ 60 Spitzenmanagerinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz haben sich in der am 14. Juni 2010 veröffentlichte „Kronberger Erklärung“ gegen eine gesetzliche Quote, aber für eine Selbstregulierung der Unternehmen bei der Erhöhung des Frauenanteils in Vorständen sowie Aufsichts- und Verwaltungsräten ausgesprochen. Die Managerinnen der Initiative „Generation CEO“ im Alter zwischen 33 und 43 Jahren sind in Führungspositionen tätig und haben zu zwei Dritteln Kinder.

„Die Unternehmen müssen verstehen, dass es hier nicht um die Einklagung der Rechte von Minderheiten geht, sondern um die Ausschöpfung eines Potenzials an Talenten“, so Ines Kolmsee, (SKW Holding AG) und Sprecherin der Initiative. Es sei wirklich höchste Zeit, eine bessere Balance männlicher und weiblicher Talente auch in den Spitzengremien der Wirtschaft herzustellen. „Wir wissen schon lange, dass es gesellschaftspolitisch erwünscht und volkswirtschaftlich wie betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, aber den vielen Lippenbekenntnissen sind nur wenige Taten gefolgt“, meint sie. Die „Kronberger Erklärung“ wendet sich dennoch gegen eine Quotenregelung nach dem Muster der Telekom, die einerseits gerade den Vorstand ausklammere, andererseits zu hohe Erwartungen an die Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen wecke. „Wir engagieren uns nicht für den Kampf der Geschlechter, sondern für die Balance der Talente. Eine Forderung nach Parität zwischen Männern und Frauen ist damit nicht verbunden“, so die Erklärung. Als realistisches Ziel soll der Frauenanteil in Vorständen

den von heute 2,5 Prozent zügig auf 20 Prozent erhöht werden. „Wir sind überzeugt, dass eine Quote als Ultima Ratio auch in der Wirtschaft eingeführt werden wird, sofern die Unternehmen keine glaubwürdigen Schritte einleiten. Als Managerinnen würden wir marktwirtschaftliche Prinzipien jedoch immer bevorzugen und glauben, dass es noch nicht zu spät ist für eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe“, heißt es in der Erklärung. „Wer Markt statt Quote will, muss jetzt zeigen, dass er weibliche Talente nicht systematisch aus den eigenen Vorständen und Aufsichtsräten fernhält.“

Die Initiative will sich nicht auf Instrumente wie einen Corporate Governance Kodex verlassen. „Die Tatsache, dass Unternehmen mit einem hohen Frauenanteil im Management im internationalen Vergleich besonders profitabel sind, dürfte hier ein Anreiz sein“, betonen die Managerinnen, die auf die Überzeugung und Verantwortung der Vorstandsvorsitzenden setzen. Diese müssten „diesen Wandel wie jeden anderen Corporate Change auch aus dem Vorstand zu führen“. Wenn die Vorstandsvorsitzenden „den Kulturwandel“ anführen, sollte der angestrebte Frauenanteil in einem überschaubaren Zeitraum erreicht werden.

Die vom Personalberater Heiner Thorborg ins Leben gerufene Initiative „Generation CEO“ setzt sich gezielt für mehr Top-Managerinnen in den Unternehmen ein und will das Bewusstsein für das bislang ungenutzte Führungspotenzial von Frauen schärfen. Schirmherrin ist Bundesfrauenministerin Schröder.

sbr

Neues Bio-Logo der EU

♦ Wenn sich Konsumenten entscheiden, biologisch hergestellte Produkte zu kaufen, müssen sie darauf vertrauen können, dass sie genau das bekommen, wofür sie bezahlen. Das neue Bio-Logo „Euro-Blatt“ und das Kennzeichnungssystem der EU machen dies möglich: Seit 1. Juli ist das Logo für alle verpackten EU-Bio-Produkte vorgeschrieben, die die notwendigen Bestimmungen für ökologisch und biologisch angebaute Lebensmittel erfüllen. Neben diesem Logo können auch andere Gütesiegel abgebildet werden, für nicht verpackte und eingeführte Bio-Erzeugnisse ist es freiwillig. Allerdings gibt es eine Übergangsfrist von zwei Jahren, bis die Vorschriften umgesetzt werden müssen.

Website zur Nachhaltigkeit

♦ Unter dem Motto „Mehr wissen! Mehr tun!“ hat die deutsche UNESCO-Kommission kürzlich eine Website zum Thema nachhaltige Entwicklung gestartet. Diese ist ein Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, einer weltweiten Bildungsoffensive der Vereinten Nationen. Die Internetseite stellt Menschen vor, die sich dafür entschieden haben, in kleinen Schritten etwas mehr für Gerechtigkeit, Umweltschutz und fairen wirtschaftlichen Fortschritt zu tun. Auch Ideen und Projekte aus ganz Deutschland sind zu finden, die für das Prinzip der Nachhaltigkeit stehen. Passend zum Jahresthema der UN-Dekade sind Fragen rund um Geld und Nachhaltigkeit ein Schwerpunkt der Webseite.

Mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) haben sich die UN-Staaten verpflichtet, diese Art des Lernens in ihren Bildungssystemen zu verankern. Durch einen einstimmigen Bundestagsbeschluss koordiniert die Deutsche UNESCO-Kommission die Aktivitäten dazu. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert die Arbeit unter anderem eines Nationalkomitees und eines Runden Tisches mit über 100 Mitgliedern.

www.mehr-wissen-mehr-tun.de und www.unesco.de

Nike: Neue Foto-Ausstellung

Der Verein Polnische Frauen in Wirtschaft und Kultur e.V. präsentiert wieder einmal eine Ausstellung mit Fotografien: Basia Sokoowska zeigt „London Works“ im Rahmen des Projekts „Zwischen den Stühlen“ – zweisprachige Frauen präsentieren ihre Arbeiten. Vernissage und Projekteröffnung finden am 1. Oktober um 20 Uhr bei Magda Potorska – Galerie miejsce/der Ort, Berliner Straße 165, 10715 Berlin (U7/U9 Berliner Straße und Bayerischer Platz) statt, die Laudatio hält die Kunsthistorikerin Agnieszka Bulak, das Susanne Folk Trio sorgt für den musikalischen Rahmen. Die Ausstellung ist im Anschluss bis zum 31. Oktober dienstags bis freitags und sonntags von 15:30 bis 19:30 Uhr und nach Vereinbarung zu sehen.

Zur Künstlerin

Basia Sokoowska ist Fotografin und Autorin. Sie studierte Kunstgeschichte in Warschau und an der University of Sydney. Ihre Werke findet man in zahlreichen Museen, wie zum Beispiel der Bibliotheque Nationale/Paris,

Narodowy Instytut Fryderyka Chopina/Warschau, Muzeum Sztuki/Lodz sowie auch in privaten Sammlungen in Europa und Australien. In Berlin zeigt die Künstlerin drei Londoner Zyklen: „Untold Narratives“, „Dom – Das Haus“ und „Wieża – Der Turm“, die in der eigenen Technik, die Farb- und Schwarz-Weiß-Lochkamerabildern (camera obscura) verbunden, entstanden sind.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen des Projektes sind am 7. Oktober um

19 Uhr der Vortrag „Zweisprachig... na und?“ der Juristin Anna Royon-Weigelt und eine Präsentation des Kurzdokumentarfilms „Muttersprache & Co“ von Danuta Kisiel sowie am 29. Oktober um 20 Uhr die Finissage mit einer Modenschau der Designerin Ewelina B. Während der Ausstellungszeit werden Führungen für Jugendliche aus den Berliner Schulen angeboten.

sbr



Internet-Infos: www.nike2001.de und www.derort-art.de

ASF erinnert an Erfindung des Frauentages

An die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, die sich am 26. August zum 100. Mal jährte, hat die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Elke Ferner, erinnert. Die Konferenz 1910 in Kopenhagen sei auch der Auftakt für den Internationalen Frauentag gewesen. Ferner: „Die Konferenz hat nicht nur die Beziehungen zwischen den sozialistischen und sozialdemokratischen Frauen der verschiedenen Länder erweitert und gestärkt, sondern markiert auch den Beginn des Internationalen Frauentages. Neben dem Ruf nach Gleichberechtigung und dem Erhalt des internationalen Friedens wurden Resolutionen zur staatlichen Kranken- oder Mutterschaftsversicherung verabschiedet. Ein allgemeines Wahlrecht wurde ge-

fordert und der Internationale Frauentag auf den Weg gebracht.“ 100 Teilnehmerinnen aus 17 Nationen waren nach Kopenhagen gekommen – unter ihnen auch die ersten drei Frauen, die zu einer Zeit, als nur wenige Frauen das Wahlrecht besaßen, in das finnische Parlament gewählt worden waren. Die Deutsche Clara Zetkin, die anlässlich der ersten Konferenz in Stuttgart drei Jahre zuvor zur Internationalen Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale gewählt worden war, forderte damals zusammen mit der Genossin Käthe Duncker und anderen: „Bei der alljährlichen Maifeier – ganz gleich in welcher Form sie stattfindet – muss die Forderung der vollen politischen Rechtsgleichheit der Geschlechter betont werden. Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisatio-

nen des Proletariats in ihrem Lande, veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“

Der erste Internationale Frauentag fand bereits im Folgejahr, am 19. März 1911, in Deutschland, Dänemark, Österreich, der Schweiz und den USA unter Beteiligung von Millionen von Frauen statt. Seit 1921 wird der Internationale Frauentag am 8. März begangen und ist bis heute ein Meilenstein und eine wichtige Möglichkeit, frauenpolitische Missstände anzusprechen und aktiv anzugehen.

ASF: Stolpersteinrundgang in Friedrichshain-Kreuzberg

„In Friedrichshain lebten früher die kleinen Leute. Die meisten waren Arbeiter und hatten keinerlei Vermögen. Das galt auch für die jüdische Bevölkerung. 1925 lebten etwa 8.000 von ihnen in Friedrichshain. Ab Mitte Oktober 1941 begannen die Nazis mit der systematischen Deportation der Juden. In Friedrichshain überlebten nur 210 die Verfolgung“, so Dorothee Reinhold vom KulturRaum Zwingli-Kirche e.V. beim Stolpersteinrundgang der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Berlin-Friedrichshain. Um an die ehemaligen Friedrichshainer Juden zu erinnern, hatte der Verein im Jahr 2008 rund um den Rudolfplatz 15 Stolpersteine verlegen lassen. „Stolpersteine sollen regelmäßig an die Opfer erinnern, denn ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist. Deshalb werden wir beim heutigen Stolpersteinrundgang die Biografien der weiblichen NS-Opfer verlesen und die Stolpersteine reinigen“, so Martina Hartleib vom ASF-Landesvorstand.

Etwa 20 Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um die Frauen bei ihrem Stolpersteinrundgang zu begleiten, darunter auch die SPD-Abgeordnete Dr. Susanne Kitschun und die SPD-Bezirksverordnete Anita Leese. Während des Rundgangs packten alle tatkräftig mit an und sorgten dafür, dass die Stolpersteine, die im Verlauf der Jahre dunkel geworden waren, wieder golden glänzten. Auffällig bei den Stolpersteinen rund um den Rudolfplatz ist, dass die meisten Menschen Opfer der so genannten Fabrikaktion wurden. Darunter

auch Charlotte Brieger, die bei Nordland Schneeketten als Zwangsarbeiterin eingesetzt war: Am Morgen des 27. Februar 1943 riegelten die Gestapo und bewaffnete SS-Angehörige schlagartig etwa 100 Betriebe in Berlin ab und transportierten die Verhafteten auf offenen Lastkraftwagen zu vorbereiteten Sammelstellen. Die meisten der inhaftierten Juden wurden zwischen dem 1. und dem 6. März 1943 in fünf Transporten nach Auschwitz verschleppt. Charlotte Brieger, geboren am 26. Februar 1925, wurde am 3. März deportiert. Obersturmführer Schwarz notiert in Auschwitz: „Transport aus Berlin, Eingang 5. März 43, Gesamtstärke 1128 Juden. Zum Arbeitseinsatz gelangten 389

Männer (Buna) und 96 Frauen. Sonderbehandelt wurden 151 Männer und 492 Frauen und Kinder [...]“. Charlotte Briegers Stolperstein liegt heute vor der Stralauer Allee 23 a. Dort ist zu lesen, dass die gerade einmal 18-jährige junge Frau in Auschwitz ermordet wurde. Auch ihre Eltern Sigismund und Martha Brieger wurden deportiert und ermordet. „Es ist wichtig, dass wir regelmäßig an die Biografien der Menschen erinnern, die ermordet wurden“, findet Dr. Susanne Kitschun. „Es sind eben nicht anonyme Zahlen, sondern es waren unsere Nachbarinnen und Nachbarn, die verschleppt und ermordet wurden.“

Martina Hartleib



Putzen der Stolpersteine für Charlotte Brieger und ihre Eltern
Foto: ASF Friedrichshain-Kreuzberg

Am 30. Juni fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) e.V. Berlin statt. Neben dem Tätigkeitsbericht und der Entlastung des Vorstandes sowie dem Wirtschaftsbericht stand die Neuwahl des Vorstandes an. Alle Kandidatinnen wurden mehrheitlich gewählt, so dass er durch Gabriele Hund-Martin, Susanne van Schewick, Dr. Angela Schneider, Carlotta von Plettenberg und Ulrike Wolff gestellt wird.

Neues vom SkF

Ferner wurde eine neue Satzung verabschiedet. Diese basiert auf der Satzung der Ortsvereine, die auf der Delegiertenversammlung des SkF-Gesamtvereins im Mai 2007 in Weimar beschlossen wurde. Im Zuge dieser Verabschiedung wurde ein neuer Wirtschaftsbeirat gewählt. Er hat die Funktion, die Mitgliederversammlung in finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu unterstützen. In

den Wirtschaftsbeirat wurden Tessa Bertram (bisherig Vorstandsmitglied), Prof. Dr. Susanne Meyer und Winfried Hinzen gewählt. Ein weiterer Höhepunkt der Mitgliederversammlung war die Ehrung von Silvia Göbel mit der Silbernen Ehrennadel des SkF durch Gabriele Hund-Martin. Silvia Göbel engagierte sich zehn Jahre im Vereinsvorstand. Auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder Tessa Bertram und Annegret Strauch-Lamers wurden geehrt.

Frauenboom in den Medien ist Illusion

• Auch wenn immer mehr weibliche Gesichter als Ansagerinnen und Moderatorinnen auf der „Mattscheibe“ zu sehen sind, entspricht dies nicht den tatsächlichen Einflussverhältnissen von Frauen in der Medienbranche. Nach wie vor sind überwiegend Männer die Chefredakteure, kritisiert Hildegund Rüger, Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates. So waren

2005 ganze 28 Prozent der Ressortleitungen und 22 Prozent der Chefredaktionen weiblich besetzt - obwohl 50 Prozent der Volontäre und knapp 40 Prozent der Beschäftigten in den Redaktionen Frauen waren. An diesem Ergebnis hätten auch Frauenförderpläne der öffentlich-rechtlichen Anstalten wenig geändert. So waren beim Bayerischen Rundfunk laut

Gleichstellungsbericht 2008 nur 24,4 Prozent der Führungspositionen durch Frauen besetzt (2005: 25,4 Prozent). Rüger: „Der Trend geht weiter abwärts. Seit 2003 gibt es keine Direktorin mehr im Bayerischen Rundfunk. Fast jede zweite Frau, die im Bayerischen Rundfunk fest angestellt ist, arbeitet in den niedrigen Gehaltsgruppen.“

Dagegen arbeiten bei den Privatsendern mehr Frauen, auch in journalistischen Führungspositionen. „Jedoch sind die Stellen dort für Männer oft weniger interessant, weil sie häufig nicht so gut bezahlt sind. In den gut dotierten betriebswirtschaftlichen Führungspositionen der privaten Medienunternehmen finden sich überwiegend Männer“, erläutert Rüger. „Weltweit am geringsten“ ist laut Prof. Romy Fröhlich von der LMU München der Anteil von Frauen in Führungspositionen in den Printmedien. Besonders ungünstig ist die Situation bei den Tageszeitungen.

Auch in den Sendeanstalten sind Frauen keineswegs gleichgestellt: So sind im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks derzeit nur 13 der 47 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von rund 28 Prozent entspricht. Im Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien liegt der Frauenanteil ebenfalls nur bei 25 Prozent.

Forderungen des Bayerischen Landesfrauenrats

1. Die politischen Entscheidungsträger müssen mit politischem Druck nachhelfen und gesetzliche Regelungen für die freie Wirtschaft erlassen, um die Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen aller Medienunternehmen zu erreichen.
2. Die politische Parteien und die jeweiligen Entscheiderverbände müssen auf Geschlechtergerechtigkeit in den Gremien der Rundfunk- und Medienanstalten achten und deshalb verstärkt Frauen entsenden. Eine Quoten-Regelung wie etwa nach dem Beispiel des Radio-Bremen-Gesetzes ist zu überdenken und weiterzuentwickeln.
3. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Auch in der Medienbranche sind die Arbeitgeber aufgefordert, diesbezügliche Ange-

bote zu entwickeln bzw. mit anderen Trägern zu kooperieren.

4. Die privaten Medienanstalten sollten ebenfalls auf eine höhere Repräsentanz von Frauen in den Führungsebenen der privaten Medienunternehmen hinwirken.

5. Möglichkeiten zur „Führung in Teilzeit“ sind in allen Medien- und Verlagshäusern einzurichten und durch betriebliche Vereinbarungen abzusichern.

6. Frauen sind durch Mentoring- und Coaching-Programme darin zu unterstützen, sich für Führungspositionen zu qualifizieren. Die öffentliche und betriebliche Förderung ist deutlich auszuweiten.

7. Die Frauen in den Medienberufen sind aufgerufen, sich gut zu positionieren, sich zu vernetzen und sich für Führungspositionen zu bewerben.

Frauenpolitischer Rat kritisiert Sparpaket

• Der Frauenpolitische Rat (FPR) Land Brandenburg hat im Juni das Sparpaket der Bundesregierung scharf kritisiert. Es gehe zu Lasten von Kindern, Familien und alleinerziehenden Frauen und rufe durch seine soziale Unausgewogenheit breite Empörung hervor, heißt es in der Erklärung der LFR-Schwesterorganisation. „Die Kürzungen betreffen zu 37 Prozent den Sozialbereich und damit vor allem die ökonomisch Schwächsten“, betonen die Frauenpolitikerinnen. Der FPR kritisiert besonders die Kürzungen beim Elterngeld: „SGB II-LeistungsbezieherInnen soll nach den Plänen der Bundesregierung das Elterngeld komplett gestrichen werden. Da-

durch werden im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung arme Familien und besonders alleinerziehende Frauen schlechter gestellt. Im Land Brandenburg beziehen etwa 46 Prozent aller Alleinerziehenden SGB II-Leistungen“, erläutert der FPR. In Kombination mit den geplanten Kürzungen beim Arbeitslosengeld sei die Zunahme der Armut, insbesondere der Kinderarmut vorprogrammiert. „Die Versprechen der Bundesregierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Sinne einer nachhaltigen und gleichstellungsorientierten Familienpolitik scheinen in diesem Zusammenhang verraten und verlogen. Der geplante Wegfall des aus

Steuergeldern bezahlten Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose erhöht zudem das Risiko, im Alter arm zu sein“, so die Erklärung weiter. „Langzeitarbeitslosigkeit ist neben Niedriglöhnen eine der zentralen Ursachen für künftige Altersarmut. Frauen sind davon überproportional betroffen“, betont die FPR-Sprecherin Heiderose Gerber. Mit der Kürzung des Elterngeldes nehme die Regierung zudem jungen Eltern Planungssicherheit. Gerade junge Männer würden sich auf Grund ihrer höheren Einkommen wieder für den Beruf statt für die Erziehungszeit entscheiden. Die Sparpläne leisten somit auch veralteten Rollenmustern Vorschub.

Ergebnisse der KLFR 2010

• Unter der Überschrift „Frauen wirtschaften anders?“ kam die diesjährige Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) vom 24. bis 26. September in Saarbrücken zusammen. Im Studienteil ging es zunächst um den Schwerpunkt „Frauen und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise“, während der eigentliche Konferenzteil sich

wie gewohnt am Sonntag den Anträgen aus den 16 Bundesländern widmete. Gut vorsortiert durch die Antragskommission wurden insgesamt 16 Anträge beschlossen, zwei davon hatte der LFR Berlin mit eingebracht: zur Rücknahme der Einsparungen beim Elterngeld und zur gendergerechten Datenerhebung. sbr



„Wir Berlinerinnen“ verlost

1 x 2 Freikarten

„Kein Ort. Erleben“
25. November
oder 26. November
jeweils um 20 Uhr

2 x 2 Freikarten

„Revolverschnauze“
Claire-Waldoff-Abend
27. November um 20 Uhr
oder 28. November um 17 Uhr

Die Aufführungen finden im
Historischen Hörsaal des
Medizinhistorischen Museums
der Charité statt.

„Kein Ort. Erleben“ ist ein Musiktheaterstück über das Leben von Dorothea Erxleben: Die Pfarrersfrau und Mutter von neun Kindern wurde 1754 an der Universität Halle als erste Frau in Deutschland promoviert und war die erste deutsche Ärztin.

Sie war emanzipiert, bevor es das Wort gab: Claire Waldoff. In ihrem Programm „Revolverschnauze“ spielt Sängerin und Schauspielerin Katrin Schinköth-Haase die vielen Facetten dieser selbstbewussten Frau.

Wer ein Freikarten-Pärchen gewinnen möchte, schreibt die Lebensdaten der beiden historischen Frauenpersönlichkeiten sowie Wunschstück und Wunschdatum auf eine Postkarte und adressiert diese an:

LFR Berlin
Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin

Und: Absender nicht vergessen!

Wir danken der Agentur bellacultura, die die Freikarten freundlicherweise zur Verfügung stellt!

Ausgewählte Beschlüsse

1. Die Landesfrauenräte Deutschlands fordern die Bundesregierung auf, die Regelung des Elterngeldes entsprechend dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung umzusetzen.

Begründung (Auszug): Die unterschiedliche Behandlung der Betreuungsarbeit zwischen ALG II-Empfängern und -Empfängerinnen gegenüber nicht Berufstätigen ist nicht nachvollziehbar. Finanzielle Anerkennung der gesellschaftlich notwendigen Betreuungsarbeit darf prinzipiell nicht vom Status der Begünstigten abhängig gemacht werden.

2. Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert, dass die einzelnen Landesfrauenräte sich dafür einsetzen, dass die jeweiligen Landesregierungen und die Bundesregierung die Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten und Führungspositionen in ihren Ländern fördern und entsprechende Gesetzgebungsverfahren über den Bundesrat unterstützen.

Hinweis: Ein ähnlicher Antrag wurde auf Antrag des LFR Berlin bereits bei der KLFR 2008 in Aachen verabschiedet. Da sich seither nur wenig getan hat, hat die KLFR den Beschluss von damals nun mit Verweis auf die Nürnberger Erklärung bekräftigt.

3. Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert, die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Mann wirksam zu bekämpfen, durch:

- Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft,
- Einführung eines Gesetzes zur Entgeltgleichheit analog anderer europäischer Länder,
- Einführung von gesetzlichem Mindestlohn,

- Anwendung diskriminierungsfreier Tarifverträge.

4. Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Bundesregierung auf, bei der Erhebung integrationsrelevanter Daten das Merkmal „Geschlecht“ zu berücksichtigen bzw. in genderspezifischen Statistiken Frauen und Männer mit Migrationshintergrund zu differenzieren. Dies soll insbesondere bei der Erhebung von Arbeitsmarktdaten erfolgen. Wenn nötig, sind die gesetzlichen Grundlagen entsprechend anzupassen.

Begründung (Auszug): Bei bisherigen Datenerhebungen zum Beispiel der Bundesagentur für Arbeit werden Deutsche vielfach Ausländern gegenübergestellt, das Kriterium „Migrationshintergrund“ kommt selten zum Tragen. Statistiken und Auswertungen des Statistischen Bundesamtes fokussieren in der Regel auf ein Merkmal – also entweder Migrationshintergrund oder Geschlecht oder betrachten Frauen und Männer als homogene Gruppen wie die neue Broschüre „Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen“. Frauen mit Migrationshintergrund haben es doppelt schwer. Um ihre Situation nachhaltig verbessern zu können, müssen Datenerhebungen mehrdimensional sein und neben dem Geschlecht einen möglichen Migrationshintergrund erfassen oder umgekehrt neben dem Migrationshintergrund das Geschlecht mit aufnehmen. Dies trägt dem Konzept der Intersektionalität Rechnung, das die Überschneidung von Differenzkategorien (oder verschiedener Diskriminierungsformen) in einer Person meint und damit die mehrdimensionale Analyse sozialer Ungleichheit in den Fokus rückt.

Aufgeklärte Frauen

• Noch bis zum 12. Dezember ist im Rochow-Museum in Reckahn im Rahmen des Kulturlandes Brandenburg „Mut und Anmut – Frauen in Brandenburg-Preußen“ eine spannende Ausstellung zu sehen, in der aussergewöhnliche Frauen des 18. Jahrhunderts vorgestellt werden. Dazu ist auch Begleitbuch erschienen: Im 18. Jahrhundert war Reckahn ein bedeutender Treffpunkt aufgeklärter Persönlichkeiten. Neueste Untersuchungen weisen nach, dass 241 (oder 20 Prozent) der Gäste Frauen waren. In der Ausstellung „Tugend, Treue, Eigenständigkeit – Schloss Reckahn als geselliger Treffpunkt aufgeklärter Frauen“ und im Begleitbuch werden die Gastgeberin Christiane Louise von Rochow und acht Besucherinnen anhand von neu erschlossenen, ungedruckten und gedruckten Text- und Bildquellen portraitiert. Jede der neun

Frauen hat eine eigenständige, in ihrer Zeit herausragende Lebensleistung erbracht. Die Gruppe setzt sich zusammen aus drei Bildungs- und Sozialreformerinnen (Christiane Louise von Rochow, Louise von Anhalt-Desau, Casimire zur Lippe), drei Schriftstellerinnen und Dichterinnen (Polyxene Büsching, Elisa von der Recke, Caroline Rudolphi), einer Kunstmalerin (Suzette Henry), einer Pionierin der Agrarreform (Helene von Friedland) sowie einer Gartengestalterin (Christina von Brühl). Das aufwändig gestaltete Begleitbuch umfasst 123 Seiten, es enthält neun Artikel und 85 Abbildungen sowie ein Personenregister.

Rochow-Museum Reckahn, Reckahner Dorfstraße 27, 14797 Kloster Lehnin, Ortsteil Reckahn. Internet: www.rochow-museum.de (Buchbestellung möglich).

**Die Frau ist da,
damit der Mann
durch sie klug
werde. Er wird
es nicht, wenn er
aus ihr nicht klug
werden kann.
Oder wenn sie
zu klug ist.**

**Karl Kraus,
Sprüche und
Widersprüche**

Frauenkrimifestival feiert Premiere

• Vom 18. bis 21. November 2010 treffen sich rund 150 „Mörderische Schwestern“ in Berlin zu ihrer diesjährigen Vollversammlung. Begleitet wird die Versammlung von „Zerstöckelt“, dem 1. Berliner Frauenkrimifestival, das mit einer Eröffnungslesung der „Mörderischen Schwestern“ Brigitte Pons, Anne Grieser, Bettina Hellwig und Sabine Klewe am 18. November um 20 Uhr in der „Alten Pumpe“, Raum 1, Lützowstraße 42, 10785 Berlin, startet. Auf dem Programm stehen Lesungen mit Lokalbezug, so ebenfalls am Donnerstag, dem 18. November, jeweils um 20 Uhr „Mörderisches Moabit“ (Ella Danz, Susanne Rüster, Anja Schreiber, Maria Kolenda) in der Bruno-Lösche-Bibliothek, Perleberger Straße 33, 10559 Berlin, und „Kleine Morde in Tiergarten“ (Sybil Volks, Gitta Mikati, Gisela Witte-Bauer, Kristina Herzog) in der Bibliothek Tiergarten Süd, Lützowstraße 27, 10785 Berlin. Parallel besuchen die „Mörderischen Schwestern“ Anja Steinhardt, Nadine Buranaseda, Ulla Lessmann, Elke Pistor, und Ulrike Rudolph die Spukvilla Tempelhof, Albrechtstraße 110, 12103 Berlin. Spannung hautnah verspricht am Freitag, dem 19. November, um 20 Uhr



die „Ladies Crime Night“: Dann lesen insgesamt 14 Autorinnen jeweils sechs Minuten, darunter so bekannte Autorinnen wie Gisela Klönne und die bekannte Schauspielerin und Autorin Ulrike Bliefert. Außerdem ist eine Tombola geplant. Präsentiert wird diese Lesenacht in der Alten Pumpe von der Schirmherrin des Festivals, Saskia Vester, als Kommissarin Kirsten Bender beim „KDD Kriminaldauerdienst“ im ZDF unterwegs. Den Abschluss bildet am Sonntag, dem 21. November, der „Große Lesemarathon mit Büffet“. Dann lesen erneut

14 Autorinnen kriminelle Geschichten und Romanauszüge, während das Publikum sich am Frühstücksbüffet stärken kann. Veranstaltungsort ist das Restaurant „Alte Pumpe“, die Lesung findet gleich nebenan statt. Der Eintritt für die Lesungen am ersten Festivaltag kostet jeweils 8 Euro, ermäßigt 5 Euro, für die „Ladies Crime Night“ 12 Euro, ermäßigt 8 Euro, beim Lesemarathon ist er im Büffetpreis enthalten.

**Kartenvorbestellung unter:
krimiautorinnen@13schwestern.de**